


184. Sitzung, Dienstag, 17. Dezember 2002, 19.50 Uhr

 Vorsitz: *Thomas Dähler (FDP, Zürich)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen..... *Seite 14953*
3. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2003

 Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2002
 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom
 21. November 2002, **4004a**..... *Seite 14954*
4. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2003 bis 2005

 Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2002
 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom
 21. November 2002, **4005a**..... *Seite 14954*
Verschiedenes

 – Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... *Seite 14997*
Geschäftsordnung
Ratspräsident Thomas Dähler: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Keine Mitteilungen.

3. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2003

Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2002 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002, **4004a**

Gemeinsame Behandlung mit dem folgenden Traktandum.

4. Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2003 bis 2005

Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2002 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002, **4005a**

Fortsetzung der Beratungen

Ratspräsident Thomas Dähler: Ich gebe Ihnen noch einmal den Ablauf bekannt. Zuerst erfolgt die Detailberatung des Steuerfusses, dann die Bereinigung des Vorgehens für die Steuerfussfestsetzung, dann die Schlussstellungen der Fraktionsvorsitzenden, danach die Festsetzung des Steuerfusses, gegebenenfalls Rückkommen auf den Voranschlag wegen der Steuereinnahmen und dann die Schlussabstimmung über den Voranschlag.

Detailberatung der Vorlage 4005a

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Martin Bäumle, Julia Gerber Rüegg, Heinz Jauch, Regula Mäder-Weikart und Erika Ziltener:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2003 bis 2005 wird auf 105 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.

Minderheitsantrag Hansueli Züllig, Werner Bosshard, Theo Toggweiler und Ernst Züst:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2003 bis 2005 wird auf 88 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission (FIKO): Ich halte mich im Folgenden sehr kurz. Wir haben schon ausführlich darüber gesprochen. Die Positionen der Parteien zum Steuerfuss sind seit längerem bekannt. Die Finanzkommission stimmte daher ohne lange Diskussion ab. Das Ausmehren der Stimmen ergab den Antrag der Finanzkommission, den Steuerfuss auf 100 Prozent der einfachen Staatssteuer festzusetzen. Effektiv stehen sich heute die drei Anträge 100 Prozent, 105 Prozent und 88 Prozent gegenüber. Aus diesem Grund überlasse ich die Begründung den jeweiligen Fraktionen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Die Grünen betrachten eine Steuersenkung angesichts der Finanzaussichten und der geforderten und bewilligten Leistungen in diesem Voranschlag als unverantwortlich. Die SVP will die Steuern sogar um 17 Prozent senken. Sie hat mit ihren Rasenmäheranträgen eigentlich nur eines bewiesen, dass sie zwar die Schnitthöhe des Rasenmähers einstellen wollte, diesen aber so tief eingestellt hat, dass sie unter Boden gegraben hat. Mit anderen Worten: Ihr Folgeantrag für die Steuersenkung ist mindestens so unsinnig und nicht plausibel wie sämtliche Kürzungsanträge, die Sie selber gestellt haben. Das Ganze ist eigentlich nur Wahlkampftheater.

Aber auch eine Reduktion des Steuerfusses um 5 Prozent, wie es die FDP will, ist unverantwortlich. Die FDP hat ihren Doppelbeschluss zu einem Zeitpunkt gefällt, da die neuesten Finanzaussichten noch nicht auf dem Tisch waren. Es ist verständlich, dass sie zu dem Zeitpunkt eine Steuersenkung eigentlich beschliessen wollte, um der SVP ein bisschen entgegenzukommen. Unterdessen hat sich die Finanzlage aber deutlich verschärft. Der mittelfristige Ausgleich ist nicht mehr gegeben. Damit ist eine Steuersenkung auch um 5 Prozent nicht mehr verantwortbar, obwohl auch die Grünen grundsätzlich Steuersenkungen nicht negativ entgegenstehen, wenn diese möglich wären. Dasselbe muss auch mit einem Antrag von 3 Prozent geschehen, denn ob Sie letztlich in einem Deal 3, 5 oder 6 Prozent aushandeln, spielt überhaupt keine Rolle mehr. Die Finanzlage ist ganz klar problematisch.

Schon mit einer Beibehaltung des Steuerfusses ist der mittelfristige Ausgleich nicht gegeben. Dies hat der Finanzdirektor relativ klar erläutert.

Ich erwarte an dieser Stelle vom Finanzdirektor eine klare Aussage gegen die Steuerfussenkung, wie sie die Regierung vertreten hat, und ich erwarte ein deutlich engagierteres Votum als in der Eintretensdebatte. Regierungsrätin Verena Diener hat es vorgemacht, wie man einen solchen Antrag begründen kann. Sie hat ihre Leistungsteile sehr gut begründen können. Regierungsrat Ernst Buschor hat dies gut begründen können und übrigens sämtliche Regierungsräte, sogar Rita Fuhrer und Christian Huber haben in ihren Bereichen klar aufgezeigt, welches die Leistungen sind, die wir bestellt haben, die im letztjährigen KEF (konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan) bereits gesetzt waren, und die wir als Kanton brauchen, um die Aufgabe zu erfüllen. Wer dies nicht will, muss bereit sein, endlich mit Leistungsmotionen bis Ende Januar für das Folgejahr Anträge zu stellen und zu sagen, wo er welche Leistungen abbauen will, welche Gesetze geändert werden sollen, damit dann gegenüber der Bevölkerung klar ist, dass gespart werden muss und wo es weh tut. Das müssen Sie dann Ihrer Klientel verkaufen. Aber vor den Wahlen Steuerfussenkungen von 3 bis 17 Prozent zu beantragen und damit zu meinen, Sie lösten ein Problem, indem Sie ein bisschen Wahlkampf betreiben, das kann es nicht sein.

Ich bitte Sie dringend, dem Antrag der Regierung zu folgen und den Steuerfuss für die nächsten drei Jahre zu belassen. Es geht nämlich nicht darum, ihn jährlich festzulegen. Dann sollen wir schauen, wo wir mit dem interkantonalen Finanzausgleich stehen, der uns ebenfalls belasten wird. Wie ist die Finanz- und Konjunktorentwicklung? Dannzumal können wir entscheiden, ob wir ohne Steuererhöhung überhaupt unsere staatlichen Leistungen erfüllen können. Notabene kennen wir auch das Sparpaket, das uns dann im nächsten Sommer vorgelegt wird und wissen, welche Leistungen der Regierungsrat abbauen will, die er auch abbauen will, ohne dass Sie die Steuern noch um 3, 5, 6 oder sogar 17 Prozent senken.

Hans Badertscher (SVP, Seuzach): In der Eintretensdebatte habe ich die Budgetziele des Ausschusses der Gewerbegruppe des Kantonsrates bekanntgegeben, unter anderem die Kürzung des Steuerfusses um 6 Prozent auf neu 99 Prozent. Leider hat Ruedi Hatt, ebenfalls Mitglied des Gewerbeausschusses, die 6-prozentige Kürzung des Steuer-

fusses abgelehnt und sogar als wirtschaftsschädigend qualifiziert. Ich gehe davon aus, dass sich die übrigen FDP-Gewerbemitglieder Ruedi Hatt anschliessen werden und somit eine 6-prozentige Kürzung keine Chance haben wird.

Mit Enttäuschung über diese Situation teile ich Ihnen mit, dass ich den Antrag auf eine Kürzung von 6 Prozent zurückziehe.

Hansueli Züllig (SVP, Zürich): Mit dem Ziel, die Staatsquote zu senken und eine Beschränkung der staatlichen Aktivitäten auf die Erfüllung der Kernaufgaben zu erreichen, setzt sich die SVP seit Jahren mit Nachdruck für eine Ausgabensenkung ein. Sie ist überzeugt, dass der Staatsapparat dazu nur durch eine Kürzung der Mittel gezwungen werden kann. Aus diesem Grund fordert die SVP eine deutliche Senkung von Steuern, Abgaben und Gebühren. Dies ist nichts Neues. Das kommunizieren wir Ihnen seit Jahren so. Es ist daher vollkommen unverständlich, weshalb der Tages-Anzeiger diese Tatsache kürzlich in gespielter Erregung als Sensation, als Primeur kolportierte. Neu ist lediglich, dass man in der FDP nun endlich ebenfalls zu dieser Auffassung zu gelangen scheint. Darüber sind wir sehr froh, denn die SVP könnte Verstärkung in ihrem Kampf gegen den wuchernden Staatsapparat gebrauchen, dem nur die Mittel zu entziehen sind. Denn nur mit dem Entzug der Mittel können wir verhindern, dass Staatshaushalt oder der Personalbestand des Staatsapparats ständig wachsen, als entspräche dies einem Naturgesetz.

Nur mit dem Entzug der Mittel können wir verhindern, dass der Staat ständig neue Aufgaben an sich reisst.

Nur mit dem Entzug der Mittel können wir verhindern, dass ein Regierungsrat einem Kulturinstitut, in dessen Verwaltungsrat er sitzt, also aus reinem Eigennutz, mit Steuermillionen aus der Klemme hilft.

Nur mit dem Entzug der Mittel können wir verhindern, dass ein Gefängnisdirektor seinem Personal Trostpflasterli verteilt.

Nur mit dem Entzug der Mittel lässt sich erreichen, dass in unserer Verwaltung weniger kommuniziert und dafür mehr gearbeitet wird.

Nur mit dem Entzug der Mittel können wir verhindern, dass Millionen Franken in unsinnigen Aktionen wie zum Beispiel «DemOKratie.ch» oder das Plakat «kaffee@nz» oder in diffusen Integrationsprojekten versickern.

Nur mit dem Entzug der Mittel können wir verhindern, dass Universitätsprofessoren mit Versprechen nach Zürich gelockt werden, zu deren Abgabe der Bürger nichts zu sagen hat, deren Einlösung ihn jedoch teuer zu stehen kommt.

Nur mit dem Entzug der Mittel können wir verhindern, dass eine ganze Direktion für einen Abstimmungskampf mobilisiert wird, bevor das entsprechende Referendum überhaupt eingereicht ist.

Nur mit dem Entzug der Mittel können wir den übermässigen Perfektionismus in der Verwaltung verhindern, der die Kosten in einem nicht mehr verantwortbaren Mass in die Höhe treibt.

Nur mit dem Entzug der Mittel können wir beweisen, dass der Kanton Zürich in den letzten 150 Jahren massiv Fett angesetzt hat.

Sie werden sehen, dass die berühmte Zitrone noch lange nicht ausgepresst ist und wie kreativ man plötzlich wird, wenn die Gelder nicht mehr in Strömen fliessen.

Zum Schluss noch ein guter Rat für die Zukunft: Lassen Sie sich nicht beirren vom Widerstand und den stereotypen Reaktionen der Verwaltung, die von uns Milizparlamentariern Sparvorschläge verlangt. Erstens: Weder Regierung noch Verwaltung haben vom Parlament irgendetwas zu fordern. Sie haben das umzusetzen, was das Parlament beschliesst. Zweitens: Konkrete Sparvorschläge haben im Zug der Budgetberatung erfahrungsgemäss wenig Aussicht auf Erfolg. Das haben wir wieder einmal gesehen. Zu einfach ist es für die Exekutive – das haben wir auch in diesen Verhandlungen wieder erleben dürfen –, dank ihrem Informationsvorsprung zu begründen, weshalb genau in diesem oder jenem Bereich nicht gespart werden kann. Diese Diskussion ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Legislative ist gut beraten, sich gar nicht erst darauf einzulassen. Stattdessen braucht es ganz klare Zielvorgaben an die Adresse der Regierung. Diese muss die entsprechenden Vorlagen ausarbeiten, Varianten präsentieren und die von ihr favorisierte Variante bezeichnen. Die so genannten 74 Leistungspakete des Regierungsrates erfüllen diese Erfordernisse keineswegs. Im Gegenteil, sie stellen einen Affront gegenüber dem Parlament dar. SVP und FDP sind gefordert, ihren Druck diesbezüglich nochmals zu erhöhen.

Die von uns geforderte Steuerfussenkung von 17 Prozent stellt einen ersten Schritt in diese Richtung dar. 7 Prozent sind bereits im KEF 2005 eingestellt. Tatsächlich würde es nur noch um 10 Prozent gehen. Das ist eine Zahl, die ursprünglich von der Mehrheit der Gewerbe-
gruppe gefordert worden ist.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen und den Steuerfuss um 17 Prozent auf neu 88 Prozent zu senken.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Im Namen der CVP-Fraktion stelle ich den Antrag,

der Steuerfuss für die Jahre 2003 bis 2005 sei auf 102 Prozent der einfachen Staatssteuer festzulegen.

Die CVP ist also bereit, einer maximalen Senkung von 3 Prozent zuzustimmen – der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb. Die CVP betont mit Nachdruck, dass sich an der finanziellen Ausgangslage überhaupt nichts geändert hat. Die Wirtschaftsperspektiven bleiben unerfreulich. Einbrüche an Steuereinnahmen sind nach wie vor zu befürchten. Das Defizit wird eher höher als budgetiert ausfallen und so weiter. Nur, was wäre die Alternative? Eine Steuersenkung von 5 Prozent oder noch höher, verbunden mit der akuten Gefahr, zu Beginn des Jahres 2003 ohne Budget dazustehen, wäre noch verheerender. Damit müsste sich der Staat auf die notwendigsten Ausgaben beschränken. Im Bereich der wichtigen Investitionen würde sich kaum mehr etwas bewegen. Das Gewerbe würden einmal mehr darunter leiden. Hinzu käme aber auch ein enormer Reputationsschaden. Zürich würde einmal mehr in der ganzen Schweiz wieder belächelt: der grosse Wirtschaftskanton Zürich, der schon wieder nicht in der Lage ist, sich ein Budget zu geben. Eine solche Situation erlebte bisher nur die Stadt Bern, die dann auch prompt unter Finanzvormundschaft gestellt wurde. Wer würde uns bevormunden? Ich weiss es nicht.

Schauen wir deshalb, dass wir realistische Lösungen finden. Realistisch wäre in Anbetracht der Situation, die Senkung um 3 Prozent. Ich appelliere insbesondere an die FDP, die noch im Juli dieses Jahres klar gesagt hat, Freisinnige würden 3 bis 5 Prozent Steuerfussreduktion fordern. In dieser Bandbreite wären wir mit unserem Antrag. Machen Sie mit und tragen Sie bei zu einer vernünftigen Lösung.

Ich bitte Sie alle, diesem Antrag zuzustimmen.

Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg): Die FDP – ich habe es in meinem Eintretensvotum gesagt – spielt in dieser Budgetdebatte mit offenen Karten. Wir haben Ihnen zu Beginn gesagt, was wir anstreben, weshalb wir im Budget bei Kürzungen nicht mitmachen und wo wir mitmachen. Wir haben Ihnen gesagt, welche Steuerfussenkung wir haben wollen. 5 Prozent ist heute unser Vorschlag, den auch die Mehrheit der Finanzkommission gefunden hat. 5 Prozent sind das, was der Kanton Zürich zu dieser Zeit braucht.

Es sind drei Komponenten, die eine Steuerfussenkung ausmachen. Es ist die Standortattraktivität, die dringend im heutigen Zeitpunkt gewahrt werden muss. Zürich hat jetzt nochmals einen Schritt zu tun gegenüber Nachbarkantonen, aber auch gegenüber dem Ausland.

Es ist zumindest unser Versprechen gegenüber der Zürcher Bevölkerung, jetzt, da wir Schulden abgebaut haben in diesem Kanton, nochmals der Bevölkerung mit einer Steuerfussenkung etwas zurückzugeben.

Es ist zuletzt, was vorhin auch die SVP erwähnt hat, eine Möglichkeit, dem Regierungsrat Mittel zu entziehen, damit er endlich dringend die Sparpakete schnürt und uns vorstellen wird. Dazu sind unsere 5 Prozent.

Ich staune, wenn zum Beispiel Hans Badertscher wegen eines anderen Votums hier in diesem Saal den Antrag auf 6 Prozent zurückzieht. Ich bedaure das. Sie wissen genau, dass wir Ihnen heute das Angebot gemacht haben, auf die 6 Prozent einzuschwenken mit dem Strassenfonds, weil wir der Überzeugung sind, dass wir eine staatspolitische Verantwortung haben. Sie haben gemerkt, dass wir Ihnen entgegenkommen würden, deshalb haben Sie schnell Ihren Antrag zurückgezogen, weil Sie weder für diesen Kanton ein Budget noch Verantwortung als grösste Fraktion in diesem Saal übernehmen wollen. Sie möchten Wahlkampf betreiben!

Vielleicht habe ich Sie jetzt falsch eingeschätzt. Vielleicht schwenken Sie auf unseren Vorschlag ein und machen mit unseren 5 Prozent mit. Das ist auch möglich. Vielleicht tragen Sie unsere Vorschläge mit. Das würde uns sicherlich sehr freuen.

Wir haben hier mit offenen Karten gespielt. Diese Steuerfussenkung ist vernünftig und notwendig. Das ist unser Vorschlag.

Erika Ziltener (SP, Zürich): Die SP-Fraktion legt den Steuerfuss zur Hauptsache nach drei Gesichtspunkten fest. Erstens: den staatlichen Aufgaben, die den sozialen Frieden, den Erhalt der guten öffentlichen Leistungen in den Bereichen Bildung, Verkehrssicherheit, öffentliche Sicherheit und Gesundheitswesen sichern sollen. Zweitens: nach externen Faktoren, die einerseits Aufgaben vorgeben und andererseits die Ausgaben massgeblich beeinflussen. Drittens: dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der Schuldenberg im Zaum gehalten werden kann.

Die SVP und die FDP korrigieren die Einnahmenseite mit ihrer Steuersenkung nach unten und führen damit den Kanton auf direktem Weg in die tiefste Verschuldung. Ende der Achtzigerjahre machten die Schulden 60 Prozent aller Aktiven aus. Rund 10 Jahre später waren es bereits 85 Prozent. Erst in den letzten Jahren konnten Schulden abgebaut werden. Mit den unverantwortlichen Forderungen machen das die Bürgerlichen wieder zunichte. Mit den geplanten Steuersenkungen wird das Eigenkapital in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Die Kernaufgaben des Staates zu bestimmen, ist nicht allein Sache der Bürgerlichen, nur weil sie die Ratsmehrheit haben – wenn, dann müssen diese breit diskutiert werden.

Die SVP hat nach dem Prinzip der leeren Kassen keine Leistungsmotionen eingereicht. Sie hat uns auch nicht gesagt, wo denn die rund 700 Millionen Franken Steuersenkung eingespart werden könnten. Das haben wir natürlich auch nicht erwartet. Die Politik der leeren Kassen ist schliesslich reine Willkür.

Überraschend kommt die Haltung der FDP. Wenn schon die unverständliche Steuersenkung, warum mehr als 1999, als es dem Kanton finanziell noch besser ging? Damals waren es 3 Prozent, jetzt sind es 5 Prozent. Mit Spannung erwarten wir die Begründung.

Das Hauptargument der Bürgerlichen für Steuersenkung ist die Standortattraktivität für die Wirtschaft. Nur, ich zitiere Balz Hösly aus der Debatte zur SVP-Steuersenkungsmotion im September 1999: «Schtandortattraktivität für es Unternäme bedüetet aber im Wesentlichä nüd nur d'Höchi vo de Schtüürä, sondern vor allem au d'Berächebarkeit und Sicherheit, dass es kei Schtüürerhöchig git.» Diese Sicherheit ist da. Seit 1986 ist der Steuerfuss von 120 Prozent kontinuierlich gesenkt worden. Steuerfusserhöhung ist kein Thema. Auch die Berechenbarkeit ist gegeben. Der grösste Teil der Wirtschaft erwartet jetzt die Stärkung der Wirtschaft mit Förderung der Kaufkraft und Investitionen. Während wir für die Investitionen, beispielsweise in den Spitä-

lern eingetreten sind, machen Sie mit Ihren Steuersenkungen das Gegenteil. Dass damit der Bogen überspannt worden ist, zeigen auch die Reaktionen der Betroffenen. Es ist wohl noch nie vorgekommen, dass Spitaldirektorinnen und -direktoren, Gefängnisdirektorin oder Bildungsverantwortliche der Öffentlichkeit mit so klaren Voten zeigten, was die Steuersenkungen, die fatale Finanzpolitik der Bürgerlichen für Folgen hätten. Für das Engagement bedanken wir uns an dieser Stelle. Regierungsrat Christian Huber ist es nicht gelungen, seine Partei auch nur einen Millimeter in die richtige Richtung zu bewegen. Hingegen gibt es auch prominente FDP-Mitglieder – Sie wissen, wen ich meine –, die Steuersenkungen zum jetzigen Zeitpunkt für unverantwortlich halten. Es gibt die FDP-Mitglieder, die sich über das Ausmass der Senkung ernsthafte Gedanken machen. Vielleicht nehmen die vergleichsweise vernünftigen FDP-Mitglieder in diesem Rat – ich bin nach wie vor überzeugt davon, dass es diese gibt – das Heft wieder in die Hand. Ein Kompromiss zur richtigen Zeit am richtigen Ort produziert schliesslich nur Gewinnerinnen.

Wie Regierungsrat Christian Huber in seinem Eintretensvotum aufgezeigt hat, wäre auch eine Steuerfusserhöhung denkbar. Aber wie die Regierung beantragt Ihnen die SP-Fraktion weder eine Steuerfusserhöhung noch eine Steuerfussenkung, sondern beim heutigen Satz von 105 Prozent zu bleiben.

Heinz Jauch (EVP, Dübendorf): Für die EVP hat die Festsetzung des Steuerfusses zusammen mit dem Budget eine zentrale Bedeutung. Wir legen, Hans-Peter Portmann, den Steuerfuss für die nächsten drei Jahre fest und nicht für die letzten drei Jahre. Vor den Prognosen, die uns auch die Regierung mit dem Novemberbrief zugestellt hat, können wir die Augen schlicht nicht verschliessen. Diese sind alles andere als rosig.

Ich spreche für die Minderheit der Finanzkommission, die den unveränderten Steuerfuss von 105 Prozent beantragt, ebenso wie die Regierung. Die EVP ist unverändert der Überzeugung, dass eine Steuerfussenkung im jetzigen Moment und auch für die nächsten drei Jahre unverantwortlich ist. Die Budgetdebatte hat meiner Meinung nach einen Vorgeschmack dafür geliefert, was wir das nächste Jahr an Diskussionen in diesem Saal zu erwarten haben, wenn uns die Regierung die Sparpakete, welche sie verpflichtet ist zu schnüren, unterbreitet. Da

wird der Kantonsrat bis aufs Äusserste gefordert werden, um dann zu vernünftigen Resultaten zu kommen. Wenn dies mit einem reduzierten Steuerfuss wäre, ist das schlicht nicht zu verantworten.

Ich beantrage Ihnen namens der EVP-Fraktion, den Steuerfuss unverändert bei 105 Prozent zu belassen.

Ruedi Hatt (FDP, Richterswil): Ich habe jetzt gehört, dass der Präsident der Gewerbegruppe den Antrag auf 6 Prozent Steuerfussenkung zurückgezogen hat. Er hat als Grund angegeben, dass ich mich im Kantonsrat zur Politik geäussert habe, die die Gewerbegruppenmitglieder der FDP vertreten. Ich habe immer gedacht, dass wir da sind, um unsere Meinungen auszutauschen. Wir haben hier festgehalten, dass wir eine Steuersenkung von 5 Prozent, die dann vom Gewerbe ausgeführt werden könnte, in Bezug auf die Investitionen als oberhalb der Schmerzgrenze betrachten. Wir können davon ausgehen, dass die Regierung nach wie vor bei 0 Prozent Steuersenkung bleiben und den Steuerfuss beibehalten will. Wenn man jetzt die Steuern um 5 Prozent senkt mit dem Auftrag an die Regierung zu sparen, also den Spardruck zu erhöhen, dann ist das wohl eine recht theoretische, finanzpolitische Übung. Wir haben nichts anderes gesagt, als wenn Sie jetzt der Regierung diesen Spardruck auferlegen, dass dann die Gefahr sehr gross ist, dass die Regierung, weil sie kurzfristig keine Strukturen verändern kann, die Investitionen kürzt. Darauf haben wir hingewiesen. Wir haben gesagt, dass dies eine Gewerbepolitik ist, die gefährlich ist, wenn man annimmt, dass die Regierung mit Steuersenkungen einfach spart und die Investitionen bestehen lässt. Das wissen Sie alle, die in irgendeiner Exekutive einer Gemeinde sind. Das erste, mit dem Sie effektiv das Budget beeinflussen können, sind die Investitionen. So viel zum Standpunkt.

Ich gehe davon aus, dass hier einige Minderheitsanträge gestellt worden sind. Erachten Sie dies als eine Minderheitsposition der FDP-Vertreterinnen und -Vertreter des Gewerbes. Das ist nichts, was den Präsidenten dieser Gruppe umhauen müsste. Ich finde es aber seltsam, dass er selbst diesen Antrag zurückzieht. Eigentlich bin ich immer davon ausgegangen, dass nicht einfach der Präsident den Antrag zurückziehen kann, wenn der Vorstand dieser Gruppe etwas beschlossen hat. Da gebe ich Hans-Peter Portmann durchaus Recht. Wahrscheinlich ist die Angst entstanden, man könnte tatsächlich das Budget annehmen. Wir haben klar gesagt, für das Gewerbe sei es wichtig, dass wir ein Budget haben. Weiter möchten wir, wenn immer möglich, den Stras-

senfonds erhöhen. (*Unruhe im Saal.*) Diese Chance besteht immer noch. Wenn man aber Chancen nicht ergreift, dann gehen sie vorbei. Wir haben klar die Position, dass es wiederum gewerbefreundlich ist, wenn man die Gelder für die Investitionen parkiert. Die dritte Priorität ist die Senkung des Steuerfusses. Da haben wir innerhalb unserer Fraktion um 3 bis 5 Prozent gekämpft. Jetzt können Sie raten, was dann entscheidend wäre. Wenn wir ein Budget hätten und den Strassenfonds erhöht haben, dann wäre es mir aus gewerbepolitischer Sicht egal, ob wir die Steuern um 4, 5 oder 6 Prozent kürzen. Das wäre vollkommen egal. Das würde aber allenfalls zu einem Budget führen. Wenn wir jetzt nicht zu diesem Kompromiss kommen, dann haben wir kein Budget. Dann ist wahrscheinlich eines der Ziele erreicht, das die SVP immer hatte. Ich verstehe nicht, warum die Gewerbegruppe den Antrag zurückgezogen hat. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Arnold Suter (SVP, Kilchberg): Ich will mich sehr sanft ausdrücken. Dorothee Jaun, Balz Hösly und auch andere haben der SVP in der Budgetberatung im März 2002 – das ist noch nicht lange her – vorgehalten, wir wollten uns vor der Verantwortung drücken. Möglicherweise wird das auch heute noch fallen. Ich weiss es nicht. Gerade das stimmt nicht. Sonst hätten wir das Fünferticket nicht gekündigt und würden nicht mit einem dritten Regierungsratskandidaten in den Wahlkampf ziehen. Wir stehen zu unserem Wort, das wir unseren Stimmberechtigten vor vier Jahren abgegeben haben.

Haben Sie sich auch schon überlegt, wie das Ganze herauskommen würde, wenn auch wir mit Ihnen immer Ja sagen würden? Hier im Parlament Ja zu sagen, ist fast immer gleich bedeutend mit Geld ausgeben – nicht das eigene, sondern das der Steuerzahler. Das ist viel einfacher. Von meinem Vater habe ich gelernt, dass ich mit Geld, das ich selbst erwirtschaftet habe, ein gewisses Risiko eingehen dürfe, aber Geld, das ich im Namen anderer verwalte, dem müsse ich besonders Sorge tragen. Das fehlt anscheinend in diesem Rat, sonst hätten wir nicht eine Kostensteigerung von 36 Prozent in sieben Jahren. In der gleichen Zeit sind die Wirtschaft und die Teuerung nur einen Bruchteil davon gewachsen. Wollen wir als die Politiker in die Geschichte eingehen, die zuerst die Errungenschaften der Nachkriegsgeneration verjubelt haben und in einer zweiten Phase unseren Kindern und Enkeln nur noch Schulden hinterlassen? Unsere beantragte Steuerkürzung ist dazu kein Widerspruch. Es braucht immer mehr, um etwas zu erreichen. In diesem Parlament und bei dieser Regierung ist es

das einzige Mittel, wie man zum Erfolg kommen könnte. Die einzige Möglichkeit – das ist schon gesagt worden, man kann es nicht genug unterstreichen –, dem ständig wuchernden Staat und den dafür verantwortlichen Politikern Einhalt zu bieten, ist, ihm die Mittel zu entziehen. Wer dabei von Totsparen und den Staat schwächen spricht, sollte sich die Mühe nehmen, sich das Wachstum unseres Staates und dessen Kosten von einem Ökonomen erklären zu lassen und nicht ab und zu «Finanz und Wirtschaft» zu lesen. Oder wollen wir bald Verhältnisse wie in Deutschland?

Noch ein paar Bemerkungen zu den Löhnen beim Staatspersonal: Nur gerade das oberste Segment, das sind zirka 5 Prozent des Staatspersonals, hat tiefere Löhne als in der Wirtschaft. Die mittleren Einkommen sind vergleichbar und die untersten höher als in der Privatwirtschaft. Zudem haben alle Mitarbeiter beim Staat eine wesentlich höhere Arbeitsplatzsicherheit. Es ist deshalb zynisch, die ganze Zeit von Lohnabbau beim Staatspersonal zu sprechen. Ich habe es Ruedi Baumann von Tages Anzeiger erklärt. Ich würde sonst ein Inserat schalten, um aufzuzeigen, wie die Situation ist. Wollen wir nicht ehrlicher und damit wieder glaubwürdiger werden? Geduld ist in unserer Gesellschaft total abhanden gekommen. *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Julia Gerber Rüegg (SP, Wädenswil): Die FDP will mit der Senkung um 5 Prozent einen finanzpolitisch sehr problematischen Schritt tun, nachdem die Rechnung in den nächsten Jahren nicht ausgeglichen sein wird. Das ist ziemlich starker Tabak und braucht eine überzeugende Begründung. Welche Begründung liefern Sie? Eigentlich wenig Stichhaltiges, hauptsächlich die Idee, Ihre bürgerlichen Regierungsrätinnen und Regierungsräte zu disziplinieren und zu strukturellen Reformen zu zwingen. Strukturell, das tönt so schön. Etwas harmlos, man könnte noch mehr herausholen, ohne Leistungen abzubauen. Klar ist Ihnen wie uns aber, dass Sie ohne Leistungsabbau kein wesentliches Sparen werden ermöglichen können. Vor den Wahlen rufen Sie Ihrer Wählerschaft zu: Es gibt weniger Steuern. Sie glauben, Sie werden damit Wählerinnen und Wähler gewinnen. Sie verweigern dagegen die Aussagen zum Leistungsabbau. Das ist auch klar, denn Sie wie wir wissen, dass das Volk keinen Leistungsabbau will. Daher schweigen sich SVP wie FDP beharrlich aus dazu. Um Zeit zu gewinnen, schieben Sie den schwarzen Peter zurück an die Regierung. Die neue Regierung nach den Wahlen soll dann definieren und umsetzen, was Sie sich heute unter der Hand als Leistungsabbau vorstellen. Da-

bei fühlen Sie sich offenbar sehr siegesgewiss, trotz der schlechten Falle, die Sie teilweise in dieser Budgetdebatte gemacht haben. Sie machen vermutlich die Rechnung ohne den Wirt. Unterschätzen Sie unsere Stimmberechtigten nicht. Es ist gut möglich, dass das Volk die Linke in der Regierung stärken wird, um die Konsequenzen dieser Sparpolitik zu mildern. Die Volksweisheit stimmt auch für uns Volksvertreterinnen und -vertreter in diesem Rat: «Dä G'schiider git naa, dä Esel bliibt schtaa.»

Die SP möchte Bewegung in diese Debatte bringen. Wir wünschen ein handlungsfähiges Parlament. Dazu sind wir bereit, eine sehr, sehr bittere Pille zu schlucken. Wenn die Mehrheit in diesem Parlament eine maximale Steuersenkung von 3 Prozent beschliesst, und wenn Sie keine zusätzlichen Mittel in den Strassenfonds legen, werden wir voraussichtlich dem Budget zustimmen. Warum tun wir das? Wir wissen, dass wir als grosse Fraktion auch eine grosse politische Verantwortung haben. Wir verstehen uns als staatstragende, lösungsorientierte und pragmatische Partei. Darum bieten wir Hand. Wir erwarten viele «G'schiideri» und wenig 5-Prozent-Grautiere in der FDP. Wenn das so ist und wir die 3 Prozent hinkriegen, dann schaffen wir das Budget. Wenn das nicht hinhaut, dann hat die FDP die Verantwortung für den budgetlosen Zustand in diesem Staat. (*Unruhe im Saal.*)

Felix Müller (Grüne, Winterthur): Die SVP hat moniert, dass der Staat immer mehr Leistungen an sich zieht. Es ist nicht so, dass er das macht, sondern der Staat muss immer mehr Leistungen übernehmen. Wir haben immer grössere soziale Probleme. Wir haben in der Bildung und im Gesundheitsbereich immer grössere Aufwendungen zu tätigen. Da hat das KVG (Krankenversicherungsgesetz) nur einen Teil dazu beigetragen. Der andere Teil ist, dass die Gesellschaft wegen der Umwelt, aber auch wegen anderer Probleme wirklich kränker wird.

Es ist auch eine Realität, dass das Budget nicht der richtige Ort ist, da eine Korrektur einzubauen. Der richtige Ort wäre, die entsprechenden Gesetze und Prozesse zu ändern oder die Zuständigkeiten zu korrigieren. Dazu sind Sie in der Regel nicht bereit. Wenn es darum geht, Bauten zu bewilligen, sind Sie die ersten, die mitmachen, zustimmen und das Geld ausgeben.

Es sind immer noch Menschen, die die Verwaltung, und die unseren Staat ausmachen; Menschen, die ihre Arbeit machen und die wir respektieren müssen und die geführt werden sollen. Es ist schon gesagt worden, die Führung liegt mehrheitlich in bürgerlicher Hand, bei den

Regierungsratsmitgliedern der FDP und der SVP. Es ist ihre Aufgabe, hier diese Führungsaufgabe wahrzunehmen. Es wäre wichtig und richtig, wenn Sie Leute in die Regierung wählen, zu denen Sie stehen können und die Sie in ihrer Arbeit unterstützen und nicht desavouieren. Sagen Sie ihnen in der Budget- und der Rechnungsdebatte nicht immer wieder, dass sie ihren Job nicht machen und ihre Arbeit nicht so erfüllen können, wie Sie es erwarten, und nachher schlagen Sie diese Leute doch zur Wiederwahl vor. Ich finde das eine komische Politik.

Es geht Ihnen darum, die Kosten im Staat respektive in unserer Gesellschaft zu sozialisieren und die Gewinne zu privatisieren. Sie schaffen laufend Steuern ab. Jene, die Sie nicht abschaffen können oder wollen, wollen Sie reduzieren. Die SVP hat vorhin gesagt, die ersten 17 Prozent seien nur der Anfang, die anderen 83 Prozent würden noch folgen. Es ist also so, dass Sie auch nicht dafür einstehen, dass die Steuererklärungen, die beim Staat eingehen, auf ihre Richtigkeit hin kontrolliert werden sollen und dass diese Steuererklärungen auch nicht dazu führen sollen, dass das Geld wirklich eingefordert wird. Sie haben sich dagegen gewehrt, dass das Steueramt die entsprechenden Finanzen dazu zur Verfügung gestellt bekommt. Mit anderen Worten: Die grossen Einkommen sollen hier in grossem Ausmass profitieren. Sie haben die Möglichkeit, Steuern im grossen Stil zu Lasten eines Staats zu sparen, der sich verschulden muss. Wer profitiert davon? Wieder die vermögenden Personen im Kanton Zürich, die dann über Staatsanleihen – eine der sichersten Anlagemöglichkeiten – ihr Geld, das sie bei den Steuern gespart haben, wieder in den Staat investieren können.

Diese Politik unterstütze ich überhaupt nicht. Einem solchen Budget, das auf dieser Basis und mit diesen Vorzeichen zustande kommt, stimme ich bestimmt nicht zu.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Sparen sei die einzige Möglichkeit, der Regierung Mittel zu entziehen, ist gesagt worden. Der Staat ist auch mit einem Geschwür verglichen worden, das man irgendwie abschneiden müsse. Was ist das für ein Geschwür, wenn es beispielsweise darum geht, Benachteiligten zu helfen? Was ist das für ein Geschwür, wenn es darum geht, Sorge zur Umwelt zu tragen? Was ist das für ein Geschwür, wenn wir im Spitalbereich gut versorgt werden? Was ist das für ein Geschwür, wenn wir sicher nach Hause gehen können? Alle diese Sachen kosten Geld. Es ist so, wenn wir nicht da-

hin kommen wollen, dass nur das Faustrecht und die ganz Reichen etwas zu sagen haben, dann müssen wir dem Staat die Mittel zuschanzen. Die Steuerfussenkungen in zweistelliger Zahl, werden den Staat kaputt machen. Man kann sogar fast noch einen Schritt weitergehen und sagen: Ist es bewusst, dass man das so will? Ich kann mir das beim besten Willen nicht vorstellen. Ich kenne viele Leute auf der Gegenseite. Wenn ich mir das überlege, kann ich mir nicht vorstellen, dass sie das tun wollen.

Wenn wir nun alle an unseren Positionen festhalten, dann stehen wir als Parlament, seien wir auf der linken, auf der mittleren oder der rechten Seite, vor einem Scherbenhaufen. Selbstverständlich kann man in den nächsten Laden gehen, Araldit kaufen und diese Vase wieder zusammenflicken. Nur sieht sie dann nicht mehr so schön aus, wie sie vorher ausgesehen hat. Was wird passieren? Wir als Parlament stehen als diejenigen da, die uns nicht auf ein Budget zusammenraufen konnten. Ich muss doch sagen, dass Signale hochgekommen sind, einerseits von Lucius Dürri und andererseits von Julia Gerber, welche in mir eine gewisse Hoffnung aufkommen lassen, dass möglicherweise, unter Umständen, eventuell doch ein Budget verabschiedet werden kann. Dann können wir immerhin nach dem Motto, der Gescheitere gibt nach, sagen, dass wir einen kleinen, aber guten Schritt weitergekommen sind. Helfen Sie uns dabei.

Jürg Leuthold (SVP, Aeugst a. A.): Ruedi Hatt, wenn ich Sie nicht mit sehr geehrter Herr Kollege anspreche, so müssen Sie Verständnis dafür aufbringen. In der Architektur spricht man von 2,4 Metern Raumhöhe, hier sind es vielleicht 14 oder 15 Meter. Was Sie aber hier im Rahmen der Adventszeit mit Worten bieten, sind schlichtweg Lügen; Lügen, die seitens eines Mitglieds der Gewerbegruppe verbreitet werden, die so nicht stehen gelassen werden können. Die Gewerbegruppe setzt sich aus verschiedenen parteipolitischen Gremien zusammen, die hier vertreten sind. Wir haben uns intensiv mit dem Steuerfuss auseinandergesetzt. Die Gewerbegruppe hat es sich nicht leicht gemacht. Sie will die Investitionen. Sie will ihre Klientel vertreten. Das, was hier geboten wird, ist schlichtweg eine Schweinerei. In der Gewerbegruppe wurde diskutiert und abgestimmt. Das Resultat waren 10 Prozent Steuerreduktion. Der Ausschuss, in dem alle Parteien vertreten sind, hat miteinander gerungen und sich für 6 Prozent entschieden. Ruedi Hatt, wenn Sie sagen: Wir sind mit diesem demokratischen Entscheid nicht mehr einverstanden, dann stehen Sie hier dazu. Sie

haben nicht das Recht, die Gewerbegruppe und insbesondere deren Präsidenten zu desavouieren. Das geht nicht. Wir haben uns dem Ausschuss mit 6 Prozent angeschlossen. Das stand im Raum. Wenn eine kleine Gruppe unter Ihrer Führung jetzt Nein sagt und nicht mehr dahinter steht, dann haben Sie das zu verantworten. Ich stütze den Präsidenten in seinem Rückzug.

Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg): Lassen Sie mich nochmals kurz auf Voten von Kurt Schreiber und Vorrednern, die ich sehr unterstreichen und mittragen würde, zurückkommen. Sie haben es richtig gesagt, wir haben hier eine bürgerliche Mehrheit, die eine Verantwortung zu übernehmen hat und die die Mehrheit in der Regierung stellt. Was Sie nicht sagen können – ich habe es Ihnen vorhin erläutert –, ist, dass wir irgendwelche Schritte in eine Richtung machen. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir, als wir gemerkt haben, dass die SVP jetzt auf die 6 Prozent einschwenkt, ihr heute deutlich kundgetan haben, dass dies für uns eine Lösung mit dem Strassenfonds wäre. Sie müssen das zur Kenntnis nehmen. Wir bedauern es, wenn unser bürgerlicher Partner hier nicht Verantwortung für Wirtschaft und Gewerbe übernehmen will, damit dieser Kanton ein Budget und eine Steuerfussenkung hat, welche vertretbar und verkraftbar sind. Dann können wir als nur drittstärkste Fraktion hier sicherlich nicht mehr verantwortlich sein, ob es ein Budget gibt oder nicht.

Es kommt ein Sparpaket auf uns zu. Was glauben Sie, mit wem wir in Zukunft Finanzpolitik machen können? Wir können doch die nicht mit Ihnen auf der gegenüberliegenden Seite machen und heute mit Ihnen etwas abschliessen, während wir ganz klar eine bürgerliche Linie vertreten. Da, auf unserer Seite, sitzen unsere Partnerinnen und Partner, mit ihnen müssen wir die nächsten vier Jahre Finanzpolitik machen. Daher kommt unser Schritt in diese Richtung. Heute liegt es an den grossen Fraktionen in diesem Saal, diesem Kanton eine Steuerfussenkung und ein Budget zu bescheren.

Regierungsrat Christian Huber: Wir haben Ihnen im Rahmen der Eintretensdebatte die Entscheidungsgrundlagen aus Sicht des Regierungsrates erläutert, die Sie bei der Festsetzung des Voranschlags 2003 und des Steuerfusses berücksichtigen sollten, nämlich die Wirtschaftslage, die gegenwärtige Situation des Staatshaushalts und die künftigen Anforderungen an den Kanton Zürich.

Wir haben darauf verzichtet, Ihnen den Prozess zu schildern, der im Regierungsrat und in der Verwaltung abgelaufen ist, bis die Eingaben der Direktionen auf den Stand des Voranschlags 2003 reduziert waren, wie er Ihnen im September 2002 vorgelegt worden ist.

Einerseits interessiert Sie nur das Resultat dieses Prozesses und andererseits erachten Sie es mit einem gewissen Recht als selbstverständlich, dass im Budgetprozess massive Abstriche gemacht werden.

Wir lassen es deshalb beim Hinweis bewenden, dass die Eingaben der Direktionen im Budgetprozess um mehrere hundert Millionen Franken gekürzt worden sind, dass nicht nur bei neuen, sondern auch bei bestehenden, bisherigen Aufgaben der Rotstift angesetzt worden ist und dass im Investitionsbereich massiv gekürzt werden musste. Dennoch konnte das ursprünglich vorgegebene Ziel eines ausgeglichenen Voranschlags 2003 nicht erreicht werden. Die dazu notwendigen Ausgabenkürzungen wären entweder politisch kaum mehrheitsfähig gewesen oder hätten gegen geltendes Recht verstossen.

Mit dem Novemberbrief mussten wir gar die Steuerertragsprognose deutlich nach unten korrigieren. Das ist uns als taktisches Manöver ausgelegt worden, mit welchem der Regierungsrat eine Steuersenkung verhindern wolle. Dass dies nicht zutrifft, sondern dass wir schlicht und einfach die zwingenden Schlüsse aus der aktualisierten Datenlage gezogen haben, hat sich mittlerweile bestätigt. Ich glaube nicht, dass wir uns jetzt noch der Kritik aussetzen, wir seien Zweckpessimisten. Die Aktualisierung der Datenlage war notwendig geworden, nachdem die bis Mitte Oktober veröffentlichten Herbstprognosen der massgeblichen Wirtschaftsinstitute gegenüber den im Sommer veröffentlichten Zahlen deutlich nach unten korrigiert werden mussten. Anfangs letzter Woche hat nun die Konjunkturforschung Basel (BAK) ihre Erwartungen für das Jahr 2003 noch einmal deutlich zurückgenommen. Sowohl das Wachstum des Bruttoinlandprodukts als auch des Konsums wurden gegenüber der Herbstprognose nochmals um 0,4 Prozentpunkte revidiert, von 1,6 auf 1,2 Prozentpunkte. Die deutlichsten Korrekturen, und zwar nach unten, wurden bei den Bauinvestitionen vorgenommen.

Unsere Aussage vom letzten Montag, wonach wir bei den Steuerertragsprognosen immer noch eher auf der optimistischen Seite seien, ist also bereits einen Tag später mit der Rückstufung der Erwartungen an die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von unabhängiger und fachkundiger Seite bestätigt worden.

Der Voranschlag 2003 ist durch die Abschwächung der Konjunktur, der finanziellen Ausgangslage und der besonders ausgeprägten Konjunkturabhängigkeit des Kantons Zürich notgedrungen in den roten Zahlen. Wir haben darauf hingewiesen: Langfristige Korrekturmassnahmen waren angesichts der hohen Überschüsse der letzten Jahre nicht mehrheitsfähig, kurzfristige Korrekturmassnahmen haben nur sehr beschränktes Reduktionspotenzial. Das Ergebnis dieser mehrtägigen Budgetdebatte bestätigt es. Nach meinen Notizen haben Sie den Voranschlag gegenüber dem Voranschlag des Regierungsrates um etwa 15 Millionen Franken verbessert und gegenüber dem Voranschlag der Finanzkommission um knapp 8 Millionen Franken verschlechtert.

Ein defizitäres Budget ist immer unerfreulich, aber manchmal in einem öffentlichen Haushalt unvermeidlich und heute konjunkturpolitisch sogar zweckmässig. Dafür ist schliesslich auch Eigenkapital geöffnet worden. Nicht akzeptabel wären hingegen fortgesetzte Defizite bis zu einem Bilanzfehlbetrag und nicht zulässig ist ein mittelfristig nicht ausgeglichener Haushalt.

Die Notwendigkeit langfristiger Korrekturmassnahmen ist also unbestritten, das Haushaltsanierungsprogramm 04 läuft. Der Zeitplan ist äusserst ehrgeizig, die Aufgabe ausgesprochen herausfordernd. Und hier ist die Verbindung zwischen der Festsetzung des Steuerfusses und der Festsetzung des Budgets 2003 zu machen, weshalb ich nur ein einziges Mal, und zwar zu beidem spreche. Finanzen und Leistungen sind und waren schon immer siamesische Zwillinge. Eine Reduktion des Steuerfusses war programmatisch und als politische Forderung bis vor einigen Monaten noch eher vertretbar. Heute, angesichts des aktuellen Kenntnisstandes über die Entwicklung der Wirtschaft und der Steuererträge, würde sie die Aufgabe der Haushaltsanierung mit dem Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Haushaltes praktisch unlösbar machen. Sie würde sowohl auf der Investitionsseite als auch bei den Staatsaufgaben zu Kürzungen und Verzichtsplanungen führen, die mit der Forderung nach antizyklischem Verhalten und nach einer Stärkung der Zürcher Standortfaktoren nicht vereinbar wären. Anders wäre aber die Vorgabe des mittelfristig ausgeglichenen Haushaltes nicht zu erfüllen.

Um kurz zu rekapitulieren: Auf der Steuerseite ist in den letzten vier Jahren nicht nichts geschehen. Sie haben die Erbschafts- und Schenkungssteuer für direkte Nachkommen aufgehoben. Das macht 6 Steuerprozent. Sie haben den Steuerfuss vor drei Jahren um 3 Prozent gesenkt. Zwischentotal 9 Steuerprozent. Wir haben Ihnen eine Vorlage

vorgelegt, die Steuererleichterungen für die juristischen Personen und für die natürlichen Personen bringt von zusammen etwa 7 Steuerprozenten. Wir werden Ihnen eine Vorlage in Ausführung der Volksabstimmung über den Altersabzug vorlegen, die einen Steuerertragsausfall von 1 bis 2 Steuerprozenten bedeuten wird. Total 18 Steuerprocente.

Wenn Sie das Budget 2003 ablehnen sollten, so gilt das Gleiche, was ich zum Steuerfuss gesagt habe. Die einen werden es möglicherweise ablehnen, weil der Steuerfuss gesenkt wird, die anderen weil er nicht gesenkt wird. Hätten Sie dem Regierungsrat damit einen Auftrag für die Überarbeitung des Budgets erteilt? Die Antwort ist Nein.

Ohne klaren Auftrag, und einen solchen konnte ich Ihrer bisherigen Debatte nicht entnehmen, würde eine Überarbeitung des Budgets 2003 keinen Sinn machen. Dies ist aus terminlichen und politischen Gründen wahrscheinlich kaum möglich und erfolgversprechend. Ressourcenmässig sind wir ohnehin mit dem Haushaltsanierungsprogramm 04 voll ausgelastet. Dort müssen auch die politischen Prioritäten liegen.

Der Regierungsrat will nicht den Teufel an die Wand malen. Er ist entschlossen, seine Verantwortung wahrzunehmen, die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben zu gewährleisten und Schaden vom Kanton Zürich, seiner Bevölkerung und seiner Wirtschaft abzuwenden.

Zur Finanzierung der dazu notwendigen Ausgaben hält der Regierungsrat an seinem Antrag fest, den Steuerfuss unverändert auf 105 Prozent festzulegen. Damit der Regierungsrat seinen Aufgaben finanzpolitisch 2003 nicht allein nachkommen muss, appelliert er an Sie, das Budget 2003 festzusetzen.

Ratspräsident Thomas Dähler: Es liegen nun insgesamt vier Anträge für die Festsetzung des Steuerfusses vor, nämlich 100 Prozent der Finanzkommission, 88 Prozent, Minderheitsantrag Hansueli Züllig, 105 Prozent, Antrag des Regierungsrates und Minderheitsantrag Martin Bäumle sowie 102 Prozent, Antrag Lucius Dürr.

Wir bereinigen nun zunächst das Abstimmungsverfahren. Im Einvernehmen mit den Chefs der drei grossen Fraktionen schlage ich Ihnen folgendes Vorgehen nach Paragraph 29 des Geschäftsreglements vor. In einer ersten Abstimmung stellen wir den Antrag Hansueli Züllig auf 88 Prozent dem Antrag Lucius Dürr auf 102 Prozent gegenüber. In einer zweiten Abstimmung stelle ich den obsiegenden Antrag dem An-

trag Martin Bäumle auf 105 Prozent gegenüber. In einer dritten Abstimmung stelle ich den obsiegenden Antrag dem Antrag des Finanzkommission auf 100 Prozent gegenüber. Sie sind damit einverstanden. Nun erteile ich das Wort den Fraktionspräsidien für ein Schlussvotum. Ich räume den Fraktionspräsidien dafür eine Redezeit von maximal 12 Minuten ein.

Hans Rutschmann (SVP, Rafz): Die SVP verfolgt seit Jahren klare finanzpolitische Ziele. Wir wollen einen gesunden Staatshaushalt, und wir wollen einen Spielraum für die Senkung von Steuern. Für uns ist deshalb die wiederum grosse Zunahme der Ausgaben in der Laufenden Rechnung nicht akzeptabel. Gemäss dem KEF läuft die finanzielle Entwicklung in eine falsche Richtung. Bis ins Jahr 2006 soll der Aufwand nochmals um 1,5 Milliarden Franken zunehmen. In den nächsten Jahren sinken die Steuererträge vermutlich noch stärker, als der Regierungsrat im Novemberbrief prognostiziert hat. Wir produzieren nur noch Defizite. Die Schulden nehmen zu. Das Eigenkapital nimmt ab.

Die SVP hat in der Budgetdebatte einmal mehr versucht, diese Entwicklung zu verhindern. Mit einem Rückweisungsantrag wollten wir der Regierung die Gelegenheit geben, den Aufwand doch noch zu reduzieren. In der Detailberatung haben wir moderate und auch machbare Sparanträge bei den Globalbudgets gestellt. 3 Prozent, 8 Prozent, ich erinnere Sie an diese Zahlen. Als einzige Fraktion haben wir damit konkret gesagt, wie man sparen kann. Am Ende der Detailberatung müssen wir feststellen, dass sämtliche Anträge abgelehnt worden sind. Bereits beim Budget 2002 hatten wir eine ähnliche Situation. Damals haben wir mit einer bürgerlichen Mehrheit im Rat das Budget im November an den Regierungsrat zurückgewiesen. Schliesslich wurde im März 2002 doch noch ein praktisch gleich schlechtes Budget verabschiedet. Das Parlament hat klein beigegeben. Immerhin war damals die Rückweisung des Budgets durch eine Kantonsratsmehrheit für die Regierung ein Schuss vor den Bug. Wir hätten erwartet, dass die Regierung dieser Situation Rechnung trägt und diesmal ein klar mehrheitsfähiges Budget vorlegt. Es ist für uns unverständlich, dass dem Parlament wiederum ein Voranschlag vorgelegt worden ist, der keine Rücksicht auf die schlechte Finanzlage nimmt. Das ist umso unverständlicher, als auch die Regierung heute selber ihrer Besorgnis über die Finanzlage Ausdruck gibt. Wir stimmen jetzt über ein Budget ab,

das wir uns gar nicht leisten können. Es kann nicht sein, dass man sich mit dem Sanierungsprogramm 04 zufrieden gibt, eine Kommission einsetzt und das Sparen einmal mehr auf später verschiebt.

Zum Steuerfuss: Die SVP ist ganz klar der Meinung, dass der Steuerfuss gesenkt werden muss. Die Begründungen zu unserem Antrag haben Sie von Hansueli Züllig gehört. Die Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren gehört neben anderen Faktoren zu den wichtigsten Gründen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Da hat die Schweiz im internationalen Vergleich viel an Terrain eingebüsst. Da bin ich mit dem Votum von Hans-Peter Portmann gleicher Meinung. Ziel unserer Finanz- und Steuerpolitik muss sein, für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Wirtschaft und das Gewerbe ein gutes Investitionsklima zu schaffen. Eigenverantwortung und Leistung müssen sich wieder lohnen. Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben zurückbesinnen.

Die SVP hält auch heute an ihrem finanzpolitischen Kurs fest. Die Fraktion hat Bilanz gezogen und leider feststellen müssen, dass das Parlament noch keine Notwendigkeit sieht, die rasante Aufwandszunahme zu stoppen. Die SVP wird diesem Budget nicht zustimmen.

Noch ein Wort zum Votum von Hans-Peter Portmann: Es ist nicht so, dass die SVP nie von ihren Maximalforderungen abgewichen wäre. In den vergangenen Wochen und Monaten haben auch mehrere Gespräche zwischen der FDP und der SVP stattgefunden, und zwar bezüglich Steuerfuss und Budgeteinsparungen. Leider konnten wir uns nicht auf Einsparungen einigen. Ich habe mir notiert, Hans-Peter Portmann, dass Sie in der Eintretensdebatte gesagt haben, dass im Voranschlag 2003 ohne Leistungseinbussen zirka 3 Prozent bei den Globalbudgets gespart werden könnten. Solche Einsparungen haben wir auch gefordert. Aber keine einzige wurde unterstützt. Ein Kompromiss kann nur zu Stande kommen, wenn beide Seiten kompromissbereit sind und bereit sind, Abstriche zu machen. Ich hoffe, dass beim Sanierungsprogramm 04 dann tatsächlich gespart wird, dass man das umsetzt, was man heute vielerorts verspricht und nicht hält.

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Sie werden offensichtlich in den nächsten Minuten den Steuerfuss um mindestens 5 Prozent senken. Damit vergrössern Sie das Minus in der Laufenden Rechnung um 200 Millionen Franken auf 600 Millionen Franken. Wenn Sie den Strassenfonds noch aufstocken sollten, was nicht als wahrscheinlich erscheint, da die freundschaftlichen Beziehungen zwischen SVP und

FDP im Moment nicht sehr eng zu sein scheinen, dann erhöht sich das Minus auf 670 Millionen Franken. Sie wissen ganz genau, dass dieses Minus in den nächsten Jahren, selbst wenn die Regierung spart, so anwachsen wird, dass der Kanton Zürich in rund zwei Jahren einen Bilanzfehlbetrag ausweisen wird. Es wird unvermeidlich sein, mit dieser Finanzpolitik, die die SVP seit langem vertritt und auf die die FDP jetzt aufgesprungen ist, Leistungskürzungen zu machen, die breite Bevölkerungskreise nicht mittragen werden. Sie, liebe FDP, tun dies, wider jede staatspolitische Vernunft nur deshalb, weil Sie Angst haben, dass gewisse Wählerinnen und Wähler, die der Steuersenkungsleiter der SVP glauben, sich vielleicht von Ihnen abwenden könnten. Glauben Sie denn tatsächlich, dass Sie als «Steuersenkungspartei» grössere Erfolge ausweisen werden als eine staatspolitisch vernünftige Partei?

Wenn Sie tatsächlich den Steuerfuss um 5 Prozent senken werden, dann übernehmen Sie die Verantwortung für die Leistungskürzungen der letzten Jahre. Wir verstehen diese Handlung klar als Kampfansage. Ich sage Ihnen eines, wir von der SP werden es nicht zulassen, dass SVP und FDP die Errungenschaften dieses Kantons mutwillig zerstören: die qualitativ hoch stehenden Bildungseinrichtungen, die Chancengleichheit im Bildungsbereich dank Stipendien und zahlbarer Gebühren für Universitäten und Fachhochschulen, die hervorragend funktionierenden öffentlichen Verkehrsmittel zu angemessenen Preisen, die gute Pflege in unseren Spitälern, die Unterstützung von alten und invaliden Menschen mit genügenden Beihilfeleistungen, die Subventionierung von Krankenkassenbeiträgen, die Sicherheit in diesem Kanton durch genügendes Polizeipersonal, genügend Untersuchungsrichter und Jugendanwälte. Bis heute hat der Kanton Zürich das Gleichgewicht gewahrt: gute Leistungen, sozialer Ausgleich, niedrige Steuern. Wir werden nicht zulassen, dass dieses Gleichgewicht in den nächsten Jahren von Ihnen zerstört wird.

Vergessen Sie nicht, die SP ist eine Partei, die kämpfen kann. Wenn Sie uns heute den Kampf ansagen, dann nehmen wir die Kampfansage auf. Vergessen Sie ein Zweites nicht: Die SP hängt nicht am Tropf von einigen reichen Geldgebern, denen sie Geschenke machen muss. Die SP hat eine breite Basis von Mitgliedern, die ihren Kampf für den sozialen Ausgleich finanzieren.

Zum Budget: Es dürfte auf der Hand liegen, dass die SP ein Budget mit einem erhöhten Strassenfonds nicht akzeptiert. Aber, auch wenn diese 70 Millionen Franken in den Strassenfonds nicht eingelegt werden, Sie aber die Steuern um 5 Prozent senken, dann können wir die-

sem Budget nicht zustimmen. Ein Budget, das 200 Millionen Franken für Steuersenkungen übrig hat, nicht aber 28 Millionen Franken für das Staatspersonal, nicht aber 500'000 Franken für eine angemessene Behandlung von jugendlichen Straftätern, nicht 1,7 Millionen Franken für genügend Jugendanwälte, keine 7 Millionen Franken für den Naturschutz, ein solches Budget ist nicht unser Budget. Eine solche Finanzpolitik werden und können wir nicht mittragen.

Trotzdem haben wir den Vergleichs- und Kompromissvorschlag gemacht, und wir sind immer noch bereit dazu, wenn nur eine Steuersenkung von 3 Prozent beschlossen wird, diesem Budget zuzustimmen. Dieser Entscheid ist uns nicht leicht gefallen, denn im Grunde genommen, das wissen Sie, ist eine Steuersenkung in der heutigen Zeit nicht zu verantworten. Wir würden diesem Kompromiss trotzdem zustimmen, da es ohne Kompromissvorschlag eine Steuersenkung von 5 Prozent gibt, die unserem Kanton 200 Millionen Franken pro Jahr entzieht, eine solche von 3 Prozent jedoch nur 120 Millionen Franken. Wir würden diesem Kompromiss zustimmen, um einen grösseren Schaden von unserem Kanton abzuwenden.

Wenn dieses Budget scheitert, ist es meines Erachtens auf eine einzige Tatsache zurückzuführen. Nach der SVP hat sich nun auch die FDP von der Konkordanzdemokratie verabschiedet. Aus wahltaktischen Gründen bewegt sich die SVP schon lange nicht mehr in der Finanzpolitik. So kann sie sich dauernd als diejenige Partei darstellen, die 17 Prozent Steuern senken will und die nie sagen muss, wie sie dies tun will.

Nun hat sich auch die FDP diesem Verhaltensmuster angepasst. Auch sie bewegt sich nicht mehr. Es ist kein Wunder, dass dieses Parlament deshalb vor einem Patt steht. Wenn von drei grossen Blöcken zwei an Ort stehen und keine Kompromisse machen wollen, dann gibt es keine Lösungen mehr. Lösungen werden in unserer Demokratie durch Verhandlungen gefunden. Schritte in die richtige Richtung kann man nur tun, wenn man überhaupt bereit ist, Schritte zu tun. Wer nicht fähig und nicht willig ist, Kompromisse zu schliessen und auch kleine Schritte zu gehen, der steht und bleibt an Ort. Ich bitte Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der FDP, verharren Sie nicht in den Schützengräben im Kampf mit der SVP. Machen Sie einen kleinen Schritt in die richtige Richtung.

Balz Hösly (FDP, Zürich): Eigentlich steht das Budget 2003. Der Rat hat es in vielen Stunden verhandelt und in demokratischen Mehrheiten festgesetzt. Der Steuerfuss 2003 bis 2005 wird in Kürze festgesetzt, und eine Steuersenkung ist absehbar. Es war aber nicht das Budget, das die Freisinnigen entsetzt hat, es waren die mittelfristigen Aussichten, der Finanzplan, der uns in die Knochen gefahren ist. Es war vor allem das tatenlose Zusehen der Regierung, das Schulterzucken, mit dem sie im September 2002 die Entwicklung des Staatshaushaltes hinnahm.

Die FDP befürwortet deshalb eine Steuersenkung. Wir glauben, dass mit einer verantwortungsbewussten Verknappung der Mittel der nötige Druck bei Regierung und Verwaltung aufgebaut werden kann, sich auf einen schlanken Staat, der dort seine Aufgaben erfüllt und Prioritäten setzt, wo es wirklich nötig ist, zu besinnen. Zürich lebt zu Lasten künftiger Generationen über seine Verhältnisse. Zürich muss eine Diät durchmachen, weil es Speck angesetzt hat.

Dorothee Jaun, es ist absurd, bei einem Finanzplan, der das Eigenkapital ohne Steuersenkung bis ins Jahr 2007 aufbraucht, von einem Gleichgewicht zu sprechen, das Sie erhalten wollen. Die letzten Jahre haben einen Staatskuchen wachsen lassen, der zu üppig, zu perfektionistisch und vielleicht auch zu unreflektiert aufgegangen ist. Hunderte von Millionen Franken zusätzlicher Steuereinnahmen in den Jahren der Hochkonjunktur wurden teils fremdbestimmt, aber leider auch teils hausgemacht konsumiert und absorbiert. Es ist an der Zeit, endlich die strukturellen Herausforderungen an die Hand zu nehmen, welche die Regierung in Zeiten der Hochkonjunktur wesentlich leichter hätte ergreifen können. Warum hat sie es so weit kommen lassen, dass es jetzt zwar nicht Blut, aber Schweiss und Tränen braucht? Weil der Druck fehlte. Eine Steuersenkung macht nur Sinn, wenn damit der Druck über die nächsten drei Jahre hinaus aufgebaut wird und nicht beim ersten Schönwetterzeichen am Konjunkturhimmel bereits wieder verschwindet. Dazu braucht es nach unseren Berechnungen 5 Prozent oder zirka 200 Millionen Franken jährlich. Diese Steuerfussanpassung haben wir beantragt. Die Finanzkommission hat unsere Vorstellungen übernommen. Die Freisinnigen gehen nicht davon aus, dass bei der heutigen Organisation und den heutigen Aufgaben des Kantons Zürich hunderte Millionen Franken noch irgendwo vorhanden sind, die einfach so gefunden werden könnten, wenn man nur wollte.

Die FDP hält deshalb das willkürliche Herausbrechen aus den Globalbudgets von hunderten von Millionen Franken für eine untaugliche Lösung. Wenn man sich mit einem Gummiboot auf dem Ozean befindet, kann man nicht als erstes die Luft herauslassen. Die FDP versteht das Defizit Zürichs als ein strukturelles Defizit und ohne grundsätzliche Überlegungen zur Organisation und zu einer Beschränkung auf die prioritären Aufgaben lässt sich der Staatshaushalt nicht sanieren. In diesem Zusammenhang – und das trägt dazu bei, dass wir bei unserem Beschluss bleiben – ist bezeichnend, dass die Regierung zwar viel zu spät, aber ausgerechnet mitten in der Budgetdebatte, die sich um grundsätzliche organisatorische Fragen dreht, ein neues Organisationsgesetz in die Vernehmlassung gibt und mit einer Pressekonferenz ankündigt, das den Status quo zementiert und nur marginale Verbesserungen vorschlägt. Wie sollen wir da glauben, der Regierungsrat fände ohne Druck die Kraft zum grundsätzlichen Handeln?

Wir gehen davon aus, dass es in diesem Rat eine politische Mehrheit gibt, die eine Steuersenkung durchsetzen wird. Die Mehrheit tut dies in einem demokratischen, transparenten Prozess. Das ist legitim, auch wenn man damit vielleicht nicht einverstanden ist. Für die FDP ist aber auch klar, dass diese Mehrheit dann in die Pflicht genommen wird, wenn der Regierungsrat mit einem Massnahmenkatalog zur Sanierung des Staatshaushaltes kommen wird und muss. Er darf dann von diesem Rat erwarten, dass er konstruktiv unterstützt wird. Dazu sind wir bereit.

Die Freisinnigen genehmigen andererseits den Voranschlag des Regierungsrates praktisch unverändert. Warum tun wir das? Wir tun es, weil wir nicht von einem Budgetdefizit, sondern von einem strukturellen Problem Zürichs ausgehen. Die Ablehnung des Budgets hilft niemandem, am wenigsten dem Zürcher Gewerbe und der Wirtschaft, denen mit einer Ablehnung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auch noch die kantonalen Investitionen und Aufträge entzogen werden sollen. Ihre finanziell angespannte Situation würde so überspannt und der Vertrauensverlust in die Politik weiter vorangetrieben. Vielleicht wollen dies gewisse Kräfte in diesem Land, weil die demokratischen Gepflogenheiten ihren Machtansprüchen im Weg stehen. Die Freisinnigen wollen es jedenfalls nicht.

Die Freisinnigen wollen ein Budget. Sie wollen, wenn immer möglich ein Budget der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat. Wir unternehmen also einen weiteren letzten Versuch in dieser Legislatur zu einem Schulterchluss zwischen uns und der SVP. Ich sage es deutlich. Die

FDP ist bereit, zu Gunsten von Wirtschaft und Gewerbe auf die Einlage in den Strassenfonds zurückzukommen und die Steuern um 6 Prozent zu senken unter der Bedingung, dass die SVP-Fraktion das Budget, wie es jetzt steht, mit uns zusammen genehmigt. Das allerdings muss vom Fraktionspräsidenten hier im Rat offen deklariert werden und ist dem Fraktionspräsidenten seit heute Nachmittag bekannt.

Wenn dieser Schulterschluss nicht gelingt, so genehmigen wir das Budget in der vorliegenden Form und hoffen auf die Kräfte in diesem Rat, die in allen Parteien, links und rechts vorhanden sind, eine konstruktive Politik zu machen. Eine Genehmigung des Budgets ist nötig, weil damit der Regierungsrat bei allem Druck den notwendigen Spielraum erhält, den Restrukturierungsprozess geplant, geordnet und koordiniert anzugehen. Mit einer Ablehnung des Budgets ist nichts gewonnen. Wie wollen Sie denn, meine Damen und Herren der SP, mit einer Rückweisung die bürgerliche Mehrheit vorführen, wenn Sie selbst für die Rückweisung und damit für einen unklaren Auftrag an die Regierung die Mitverantwortung tragen? Bei allem Verständnis für Ihr Unverständnis gegenüber einer Steuersenkung. Gehen Sie wirklich davon aus, dass eine Ablehnung des Budgets die politisch wirkungsvollste Massnahme der Linken darstellt? Glauben Sie nicht, dass auch Ihre politische Klientel mit einem koordinierten Prozess, der im Regierungsrat aufgegleist werden kann, wesentlich besser fährt? Die vorweggenommene Konzession der Freisinnigen besteht im Strassenfonds. Der Strassenfonds ist uns wichtig, aber wichtiger war uns das Budget. Es nützt also gar nichts, den Strassenfonds unter lautem Bellen aufzustocken und danach das Budget abzulehnen, weil man dann genauso gut nichts in den Strassenfonds einlegen kann.

So oder so, Zürich muss handeln. Die Aussichten auf die Finanzierung der öffentlichen Hand waren selten düsterer. Eine konjunkturelle Erholung ist erst Ende 2003 sichtbar. Ohne grundsätzliche Massnahmen stürzt der Wirtschaftsmotor der Schweiz ab. Die Verantwortung dafür wiegt aber weit mehr als die 200 Millionen Franken jährlich, die den für Regierung und Verwaltung nötigen Spardruck erzielen sollen.

Wir bitten Sie, den Steuerfuss um 5 Prozent zu senken und den Voranschlag des Regierungsrates zu genehmigen.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Ich habe anlässlich der Grundsatzdebatte zu Beginn Befürchtungen gehegt, dass einmal mehr viel Zeit für sinnlose Änderungsanträge verpufft werde. Diese Befürchtung hat sich

mehr als bewahrheitet. Es brauchte dazu keine prophetischen Fähigkeiten. Ich bedaure, liebe SVP-Kolleginnen und -kollegen, dass man Jahr für Jahr das gleiche sinnlose Spiel spielt, indem man Anträge einbringt, von denen man zu 100 Prozent weiss, dass sie nie und nimmer durchkommen werden. Beschränken Sie sich doch bitte auf einige wenige, die einigermaßen Sinn machen. Es ist nun mal so, dass man in gewissen Bereichen geteilter Meinung sein kann, aber spielen Sie dieses Spiel nicht mehr weiter. Es macht wirklich keinen Sinn.

Wir haben wiederum ein Nullsummenspiel wie all die vergangenen Jahre. Man hat praktisch nichts eingespart, sondern wir sind dort, wo wir am Anfang waren. Am meisten Kreativität bewies Regierungsrat Ernst Buschor, der redlich bemüht war, Anliegen ohne Tabularasapolitik ernst zu nehmen und mit eigenen Anträgen Lösungen beizutragen, die dann auch die Mehrheit des Rates gefunden haben.

Es gab aber auch drei Noven. Erstens bedaure ich ausserordentlich, dass die Gewerbepolitik nun in den Strudel dieser unschönen Auseinandersetzung hineingezogen worden ist. Die SVP hat versucht, in der Gewerbepolitik Macht auszuspielen. Das ist grundsätzlich falsch. Gewerbepolitik muss man von Parteipolitik trennen. Es gibt andere Anliegen, die hier zu erfüllen sind. Es macht nichts, wenn man mit Mehrheitsbeschluss Steuerfussreduktionen anvisieren will, die eine starke Minderheit nicht akzeptieren kann. Es ist auch bedauerlich, wenn man demokratisch gefällte Entscheide dann einseitig zurückzieht. Ich bitte Sie, dieses nicht zu wiederholen. Gewerbepolitik und Parteipolitik müssen im Interesse des Gewerbes auseinander gehalten werden.

Ein zweiter Punkt: Die Polemik, die man jetzt gegen die Regierung macht, wird langsam unerträglich. Ich sehe nicht ein, warum man mit der Regierung nicht so umgehen kann und soll, wie man es mit anderen Menschen auch macht – nämlich mit Anstand. Dass man nicht immer gleicher Meinung sein muss, liegt in der Natur unserer Demokratie. Parlament und Exekutive müssen sich in gewissem Sinn in Schach halten. Es ist aber unbegreiflich, wenn man einerseits die Regierung verbal massiv attackiert, um sie dann mit Inbrunst zur Wiederwahl zu empfehlen. Das versteht der Stimmbürger mit Sicherheit nicht.

Ein dritter Punkt, auch ein Novum: Ich freue mich, dass die Regierung Bereitschaft signalisiert hat, den Sparhebel sinnvoll anzusetzen. Ein elitäres Sparprogramm 04 kann sich sehen lassen. Es überzeugt. Es

zeigt auch, dass der Wille da ist zu sparen. Darum begreife ich nicht, warum die FDP nun die Regierung disziplinieren will. Sie hat Disziplin gezeigt. Sie will den Weg beschreiten, den Sie vorgezeigt haben.

Die CVP kann mit dem bereinigten Budget leben. Die unsinnigen Sparanträge fallierten. Die Nichterhöhung der Prämienverbilligung im Bereich der Krankenversicherung ist akzeptabel, hat sich doch auch der Souverän für die 80 Prozent ausgesprochen, die im Budget enthalten sind. Die Erhöhung des Budgets im Bereich der überlasteten Jugendsekretariate zu Lasten geringer Kürzungen bei der Bildungsverwaltung und bei der Volksschule macht ebenfalls Sinn. Bedauerlich ist die Tatsache, dass bei den Investitionen bei der Gesundheitsdirektion die massiven Kürzungen und nicht moderatere, wie sie die CVP gefordert hat, definitiv geworden sind. Den Preis dafür wird einmal mehr das Gewerbe zahlen, insbesondere das Baugewerbe. Bedauerlich ist auch die Nichterhöhung des Strassenfonds im Betrag von 60 Millionen Franken, welche wichtige Impulse auslösen würde.

Die Stunde der Wahrheit ist nun angebrochen, das heisst die Frage, ob der Kantonsrat in der Lage ist, im Bereich der Steuern und des Budgets den kantonalen finanziellen Verhältnissen entsprechende Lösungen zu schaffen. Aus der Sicht der CVP könnte die überwiegende Mehrheit dieses Rates einigermaßen zufrieden nach Hause gehen, wenn drei Bedingungen erfüllt sind. Erstens: Zustimmung zu einer Steuerreduktion von 3 Prozent. Auch die SVP würde damit nicht mit leeren Händen dastehen. Zweitens: die Zustimmung zum Budget, dem doch einige Zähne gezogen worden sind, das aber alles in allem sozialverträglich ausgefallen ist. Drittens wäre auch die Zustimmung zur Erhöhung des Strassenfonds um weitere 60 Millionen Franken nach wie vor möglich. Ein Rückkommen wäre bei der Mehrheit eine Kleinigkeit.

Ich appelliere im Interesse des Kantons Zürich, seiner Einwohnerinnen und Einwohner, an Ihren Verantwortungssinn. Stimmen Sie einer solchen Lösung zu. Es wäre auch Beweis dafür, dass unser Kantonsrat trotz unterschiedlicher Parteimeinungen in der Lage ist, geeint zu handeln, wenn es darauf ankommt.

Ein letztes Wort an die FDP: Sie haben heute Abend den Schlüssel in der Hand, um einen Beitrag zu Gunsten einer Lösung für unseren Staat zu leisten. Ich bitte Sie, dazu beizutragen. Es wäre fatal und unhaltbar, heute ohne Budget aus diesem Saal zu gehen. Ich bitte Sie, in diesem Sinn zu handeln.

Ratspräsident Thomas Dähler: Ich habe ein gewisses Verständnis für die Unruhe, die nun entstanden ist. Für einmal ist es nicht ein sehr schlechtes Zeichen, wenn eine gewisse Unruhe entsteht. Ich würde, falls Sie dies wünschen, Ihnen nach der Elefantenrunde allenfalls Gelegenheit geben für eine viertelstündige Pause, für ein Timeout. Ich bitte Sie jetzt, die beiden letzten Fraktionschefs noch anzuhören und etwas ruhig zu sein.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Ich muss Ihnen ganz offen sagen, das neoliberale «Spontigrüppli» der SVP mit unseligen Anträgen – von denen Sie selber wissen, da hat Regierungsrätin Verena Diener Recht, dass sie nicht ernst gemeint waren, hätten Sie sie tatsächlich durchsetzen müssen – langweilt mich langsam und geht uns auf die Nerven. Sie haben die Quittung bekommen. Sie müssen sich nächstes Jahr etwas Neues einfallen lassen. Sie bringen es zu Stande, gleichzeitig für eine 17-prozentige Steuerfussenkungen zu sein und in der Stadt Zürich die Wintermantelzulage beibehalten zu wollen. Es kann nur gehofft werden, dass diejenigen, die für die Wintermantelzulage sind, allmählich merken, dass das so nicht aufgehen wird. Immerhin mögen Sie kurzfristig Erfolg haben, aber Hans Rutschmann, wenn Sie einmal Regierungsrat sind, davon bin ich überzeugt, werden Sie der lammfrommste Landesherr sein, der alle Anträge der Verwaltung absegnen und genauso dasitzen wird, wie die heute so Gescholtenen. Das ist die Realität. Aus Ihrem Mund ist das, was Sie vorgetragen haben, nicht glaubhaft.

Balz Hösly, als ich Ihnen zugehört habe, hatte ich den Eindruck, dass hier der Generaloppositionsführer des Kantonsrates gegen eine linksgrüne Regierung spricht. Dummerweise sitzt da vorne aber eine bürgerliche Mehrheitsregierung. Es fällt auf, dass ausgerechnet die Regierungsrätin und der Regierungsrat der SVP und die Regierungsrätin und der Regierungsrat der FDP offenbar nicht in der Lage sind, in ihren Fraktionen Klartext zu reden. Das zeigt, dass Ihre Parteien nicht mehr ernst zu nehmen sind. Einerseits delegieren Sie Leute in den Regierungsrat, von denen Sie sagen, es seien die besten. Zum anderen sind Sie der Meinung, das, was sie im Regierungsrat tun, sei nichts wert. Balz Hösly, ich begreife jetzt, warum Sie nicht haben Regierungsrat werden wollen. Wahrscheinlich wäre es Ihnen nämlich in diesem Regierungsrat alsbald sehr gleich gegangen.

Sie haben es gehört. Wir bleiben beim heutigen Steuerfuss. Jede Steuerfussenkung muss als inakzeptabel und unverantwortlich angesehen werden. Regierungsrat Christian Huber hat für einmal dargelegt, welches die wirtschaftlichen, steuerpolitischen und budgetpolitischen Hintergründe sind. Sie haben es vielleicht noch nicht gemerkt – auch Bundesrat Pascal Couchepin hat lange gebraucht, bis er es nachvollzogen hat –, dass wir in einer Rezession leben. Unser Finanzplatz sprüht nicht gerade vor Aufbruch, was in den nächsten Jahren passiert wird. In dieser Situation bereits drastisch geschmälerter Staatseinnahmen wollen Sie dem Staat weitere Mittel beschneiden. Die SVP ist wenigstens ehrlich. Sie sagt, was sie will, nämlich den Staat aushöhlen. Nehmen wir es wörtlich, so ist es gemeint.

Es geht aber, Balz Hösly, heute nicht um einen schlanken oder um einen starken Staat. Die Staatsdebatte in diesem Sinn hat längst ausgedient. Es geht um die Aufrechterhaltung jener Funktionen, die heute aus historisch gewachsenen Gründen vom Staat angeboten werden. Es geht um eine egalitäre Gesundheitsversorgung für alle. Es geht um ein Bildungswesen nach dem Prinzip der Chancengleichheit auch für die zweite und dritte Generation unserer Ausländerkinder. Es geht um die Garantierung des Umweltschutzes, beispielsweise durch das Awel und dessen sehr gute Leute. Es geht um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Das sind die Standortvorteile, die Lukas Briner meistens in seinen Broschüren im internationalen Kontext anbietet. Wenn Sie schon von Standortvorteil sprechen, dann erlaube ich mir einen Nebensatz als Basler. Ist es ein Zufall, dass Basel, nicht gerade ein Tiefsteuerparadies, in der Chemie, in der UBS – ich rede jetzt nicht vom Fussball – eher auf der besseren Seite steht als die einstigen freisinnigen, renommierten Betriebe, die bestimmt nicht zu hoher Steuern wegen schlapp gemacht haben? Auch das müsste Ihnen doch ein bisschen zum Nachdenken verhelfen.

Wir können aber auch das Budget in dieser Form nicht annehmen. Für uns ist es eine Prinzipienfrage, keine Mittel in den Strassenfonds einzulegen. Wir bleiben dabei. Dies ist ein Gesetzesbruch, den wir so nicht akzeptieren. Das galt gestern, und das gilt heute. Dieses Budget ist aber auch ein Budget, das ein Budget der bürgerlichen Mehrheit ist. Das haben Regierungsrätin Verena Diener und Regierungsrat Markus Notter in diesem Saal klar zum Ausdruck gebracht. Wir meinen, es sei im Gesundheits- und Bildungswesen sowie im Umwelt- und Heimatschutz ein Budget, das nicht mehr in der Lage ist, den Gesetzauftrag tatsächlich zu erfüllen. Sie wissen so gut wie wir, dass wir in diesem

Rat eine Scheindebatte führen. 80 bis 85 Prozent der Ausgaben sind gebundene Ausgaben. Der Regierungsrat wird sie so oder anders tätigen müssen. Wir können nicht mittragen, dass Sie mit diesem Budget den gesetzlichen Auftrag aushöhlen wollen.

Die drei grossen Fraktionen in diesem Saal sind fähig, das Budget zu verabschieden. Es gibt eine Mehrheit SVP und FDP. Sie müssen sich entscheiden, Balz Hösly, ob Sie mit der SVP segeln und sich deren Bedingungen unterwerfen – das wird Nationalrat Christoph Blocher gern hören, eine FDP, die sich noch mehr der SVP unterordnet – oder ob Sie in einigermaßen sozialer Verantwortung mit der SP zusammen ein mögliches Budget absegnen wollen!

Wir stimmen dann einem Budget zu, wenn wir in einen Deal einbezogen werden. Es hätte Möglichkeit gegeben, diese lächerlichen Millionen im Strassenfonds herauszuradiieren. Dann hätten wir mit uns reden lassen. Aber so gibt es eine Mehrheit hüben und drüben. Wir werden mit unserer Stimmenthaltung sicher nicht einer falschen SVP-Mehrheit Vorschub leisten.

Wenn Sie heute kein Budget verabschieden, dann ist das Signal nach aussen klar. Die Politik verdient das Etikett, das sie verdient: ausser Spesen nichts gewesen, viel Aufwand zur Erzeugung von Aufmerksamkeit. Offenbar geht es in der Politik nurnoch darum. Wenn die FDP, wie es sich vielleicht anbahnt, mit der SVP ein Budget verabschiedet, dann leben wir in einem schwelenden politischen Notstand, denn dann ist diese Regierung offenbar nicht mehr die richtige, weil sie in ihrer Mehrheit diametral etwas anderes will, als diese Mehrheit dannzumal wollte.

Ich ersuche Sie, unseren Anträgen zu folgen.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Stellen Sie sich vor, Sie schieben einen sehr schweren Wagen einen Abhang hinauf. Dann stellen Sie fest, dass Sie ihn fast nicht hinaufschieben mögen und Sie lösen die Bremsklötze weg, damit das Gewicht nicht mehr so stark ist. Irgendwann einmal macht jemand einen Fehltritt, und der Wagen donnert in die Tiefe. Bildlich gesprochen habe ich den Eindruck, stehen wir jetzt da. Die Einnahmen haben nicht Schritt gehalten mit den Ausgaben. Darüber kann man jetzt verschiedene Theorien bekanntgeben. Es war bezeichnend, dass eigentlich die Parteikollegen ihren Parteikollegen in der Regierung gesagt haben, was sie alles falsch gemacht haben. Da kommt auch wieder die alte Gleichung zum Vorschein, nämlich vom

Gegner, Feind und Parteifreund. Auf alle Fälle haben wir von der EVP doch feststellen können, als wir dieses Budget angeschaut haben, dass wir uns im Grossen und Ganzen dahinter stellen können.

Das Budget ist nicht im Gleichgewicht. Was macht man? Man nimmt Einnahmen weg, auf dass man Steuern senken kann, seien das nun 5, 6 oder 17 Prozent. Wem genau kommen diese Steuersenkungen zugute? Etwa den Mitarbeitern mit einem Einkommen von 100'000 Franken, vielleicht dem Kadermann mit 200'000 Franken? Ich glaube, bei diesen Einkommensklassen fällt das nicht ins Gewicht. Es fällt dort ins Gewicht, wo Einkommen über 0,5 Millionen Franken erzielt werden. Ich erinnere mich an einen freisinnigen Alt-Bundesrat, der gesagt hat, dass solche Einnahmen eigentlich nicht mehr moralisch seien. Dann kann man auch noch ein weiteres Wort gebrauchen. Ich mache das. Es sind eigentlich die Abzocker, die daran ein Interesse haben. Meine Damen und Herren der SVP, möglicherweise auch von der FDP, rennen Sie solchen Abzockern nach? Sind das diejenigen, welche uns zu sagen haben, was wir zu tun haben? Da sagen ich und die EVP klar: Nein, danke, so nicht! Ich glaube, auch beim Gewerbe ist es so, dass es ein Interesse daran hat, dass der Staat läuft, damit er Aufträge erteilen kann. Wenn es dem Gewerbe schlechter geht, geht nämlich auch der Gewinn zurück und dann ist auch die Steuerbelastung nicht mehr so hoch. Hier gibt es überall dasselbe, es werden alle, wenn eine Rezession da ist – die ist leider da –, darunter zu leiden haben. Darunter zu leiden hatte auch das Personal im Staat. Es hat zwar gemurrt, trotzdem macht es seine Arbeit weiterhin. Es ist bedauerlich, dass verschiedene Anliegen nicht erfüllt werden konnten, doch müssen wir sehen, dass hier nun effektiv Einsparung gemacht werden mussten.

Bei der Gesundheit wundere ich mich schon ein bisschen ob all der Sparvorschläge, die hier gekommen sind. Irgendwie sollte man dem Pflegepersonal auf den Notfallstationen sagen: Überprüfen Sie doch bitte, wenn Sie in Zukunft Notfälle entgegennehmen, welches Parteibuch dieser Patient hat. Nachher kann man vielleicht eine Triage à la Parteifarbe machen – ein nicht ganz ernst zu nehmender Vorschlag. Wenn wir es so weiter treiben, dann müssen wir uns nicht über solche Retourkutschen wundern.

Die Evangelische Volkspartei ist der Ansicht, dass es gerade in der rezessiven Zeit sehr wichtig ist, dass Investitionen getätigt werden, dass man sich antizyklisch verhält, damit auch das Gewerbe etwas zu verdienen bekommt. So kann Arbeit geschaffen werden. Auf diese Weise läuft der Schneeballeffekt weiter.

Der Steuerfuss steht nicht an erster Stelle. Das haben wir schon verschiedentlich in diesem Saal gehört. Wenn es um die Standortattraktivität geht, dann ist das die soziale Sicherheit. Es sind dies die Verkehrsverbindungen und so weiter. Irgendwann einmal, an sechster Position kommt der Steuerfuss. Die EVP-Fraktion könnte dem Budget, so wie es jetzt vorliegt, zustimmen, wenn auf eine Steuerfussenkung verzichtet wird. Ich habe vorhin angeführt, dass wir uns allenfalls bereit erklären könnten, mit einer Steuerfussreduktion um 3 Prozent mitzumachen, um dieses Budget zu retten, aber ganz klar mit der Prämisse, ohne Einlage in den Strassenbau. Wenn das kommt, dann ist unsere Zustimmung nicht dabei. Es ist auch ganz klar, wir werden nur dann dem Budget zustimmen, wenn es wirklich unsere wenigen Stimmen dazu braucht. Dann sind wir gerne die Samariter, die helfen, den Karren aus dem Dreck herauszuziehen.

Ich gebe Ihnen bekannt, dass wir dem Budget, wie es vorliegt, zustimmen könnten. Wenn vernünftige Anträge kommen, werden wir sie selbstverständlich unterstützen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie uns als kleinste Fraktion geschenkt haben. Ich hätte es zwar sehr geschätzt, wenn die Kollegen vom Fernsehen vielleicht für uns auch noch zwei Minuten zur Verfügung gehabt hätten. (*Heiterkeit.*)

Erklärung der SVP-Fraktion

Hans Rutschmann (SVP, Rafz): Die Argumente, welche gegen dieses Budget sprechen, muss ich nicht wiederholen. Das habe ich bereits in meinem Votum in der so genannten Elefantenrunde erwähnt. Die SVP kann für dieses Budget die Verantwortung ganz klar nicht übernehmen. Die Verantwortung liegt bei denen, welche diesem Budget letztlich zustimmen werden. Die Einlage von zusätzlichen 60 Millionen Franken in den Strassenfonds und 1 Prozent mehr Steuersenkung können für uns nicht der Kompromiss sein, um diesem Voranschlag zuzustimmen. Ohne zusätzliche anderweitige Einsparungen verschlechtern wir das ohnehin schlechte Budget sogar noch mehr. Bei den Investiti-

onen darf man nicht nur für ein Jahr denken. Wir denken für mehrere Jahre. Wir können nur langfristig genügend investieren, wenn wir auch über einen gesunden Finanzhaushalt verfügen. Alles andere ist kurzfristig und für die Wirtschaft und speziell für das Gewerbe die weitaus schlechteste Lösung.

Wir haben vom Antrag der FDP bereits gestern gehört und haben das in der Fraktion gestern diskutiert. Wir haben beschlossen, falls der Steuerfuss immerhin 6 Prozent gesenkt wird und zusätzlich 60 Millionen Franken in den Strassenfonds gelegt werden, dass wir uns in Stimmenthaltung üben werden. (*Unruhe.*) Aber diesem Budget kann und will die SVP nicht zustimmen. Ich bin auch einigermaßen überrascht über das Vorgehen der FDP. Heute Abend hat sie die 60 Millionen Franken in den Strassenfonds abgelehnt. Wir haben zweimal von FDP-Votanten gehört, dass 5 Prozent Steuersenkung das Maximum sei.

Ratspräsident Thomas Dähler: Angesichts der zunehmenden Nervosität lege ich fest, dass wir jetzt eine Pause von 15 Minuten machen. Es sind zwei Fraktionen, die das verlangt haben. (*Grosse Unruhe.*) Ich weise den Fraktionen, die das allenfalls wollen, ein Zimmer für ein Timeout zu. Die SVP im Festsaal im Parterre, die FDP im Südzimmer im Parterre, die CVP im Tonbildschauzimmer im Parterre, die SP in der Cafeteria im zweiten Stock, die Grünen im Foyer und die EVP im Ratsaal.

Die Beratungen werden von 21.50 bis 22.10 Uhr unterbrochen.

Ratspräsident Thomas Dähler: Wir kommen nun zur Abstimmung über den Steuerfuss. Ich erkläre Ihnen noch einmal, wie wir vorgehen werden. Zuerst stelle ich den Antrag Hansueli Züllig auf 88 Prozent dem Antrag Lucius Dürr auf 102 Prozent gegenüber. Danach stelle ich den obsiegenden dieser beiden Anträge dem Antrag von Martin Bäumle auf 105 Prozent gegenüber. In der dritten Abstimmung stelle ich den obsiegenden dem Antrag der Finanzkommission auf 100 Prozent gegenüber.

14988

Abstimmung

Der Antrag Hansueli Züllig wird dem Antrag Lucius Dürr gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag Hansueli Züllig mit 55 : 98 Stimmen ab.

Abstimmung

Der Antrag Lucius Dürr wird dem Antrag Martin Bäumle gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag Martin Bäumle mit 57 : 109 Stimmen ab.

Schlussabstimmung zur Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2003 bis 2005, Traktandum 4

Der Antrag Lucius Dürr wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt. Der Kantonsrat lehnt den Antrag Lucius Dürr mit 61 : 92 Stimmen ab.

Keine weiteren Bemerkungen; genehmigt.

II. und III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2002 und den Antrag der Finanzkommission vom 21. November 2002,

beschliesst:

- I. Der Steuerfuss für die Jahre 2003 bis 2005 wird auf 100 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.
- II. Veröffentlichung in der Gesetzessammlung.
- III. Mitteilung an den Regierungsrat zum Vollzug.

Das Geschäft ist erledigt.

Rückkommen auf den Voranschlag 2003, Konto 2595, Steuereinnahmen

Ratspräsident Thomas Dähler: Da der Steuerfuss nicht auf 105 Prozent festgesetzt wurde, kommen wir zurück auf den Voranschlag, Konto 2595, Steuereinnahmen. Durch den Steuerfuss von 100 Prozent ergibt sich eine Verschlechterung in der Laufenden Rechnung um 200'000'000 Franken. Der Saldo des Kontos 2595 beträgt neu 5'096'550'000 Franken. Da die Verschlechterung durch eine Reduktion der Steuereinnahmen entsteht, unterliegt sie nicht der Ausgabenbremse, da diese definitionsgemäss nicht für Einnahmen, sondern für Ausgaben angewendet wird und zudem eine nicht zwingend beeinflussbare Planungsgrösse darstellt. Das Wort wird weiter nicht gewünscht, Sie haben so beschlossen.

Schlussabstimmung über den Voranschlag 2003, Traktandum 3

Hans-Peter Portmann (FDP, Kilchberg): Die FDP möchte jetzt wissen, wer seine verfassungsmässige Verpflichtung hier drin wahrnimmt und unserem Regierungsrat ein Budget überweist. Die FDP möchte jetzt wissen, wer diese Verpflichtung nicht übernimmt und einfach dem Budget, das unser aller Budget ist und das wir nach langen Beratungen in diesem Saal ausgemehrt haben, wie es sich für ein demokratisches Parlament gehört, nicht zustimmt. Wir sind gespannt, wer sich allenfalls einfach enthält, weil er damit seine Unzufriedenheit ausdrücken möchte. (*Unruhe*) Die FDP beantragt Ihnen

Namensaufruf.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa): Meine Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion können bestätigen, dass ich mich in der Fraktion vehement für ein Budget eingesetzt habe – unter Schlucken von Kröten und Fröschen, so viele, dass sie Stefan Dollenmeier gar nicht in den Rat tragen könnte. Wir haben auch Kenntnis genommen von den mahnenden Ausführungen des Finanzdirektors. Wir wissen also, wovon wir ausgehen. Sie haben aber von Verhandlungen gesprochen, Dorothee Jaun. Wir haben sie mit der FDP geführt, und wir haben gesagt, wenn eine 6-prozentige Steuerfussenkung und 60 Millionen Franken Einlage in den Strassenfonds beschlossen werden, dann könnten wir uns kleinmehrheitlich diesem Budget anschliessen. Wir

haben aber von Ihnen, meine Damen und Herren der FDP, keinen versprochenen Rückkommensantrag bekommen. Nun müssen wir feststellen, dass die CVP und sogar die SP um 3 Prozent oder irgendwelchen Zwischenlösungen diskutieren, dass man sich also auf Spielchen sondergleichen einlässt.

Die Taktiererei der einst staatstragenden Partei FDP kann ich nun einfach nicht mehr mittragen. Wir haben von Verhandlungen gesprochen. Wir haben vor einer Viertelstunde noch miteinander diskutiert. Wenn dieser Rückkommensantrag auf 60 Millionen Franken Einlage in den Strassenfonds kommt, dann könnte man noch darüber diskutieren. Er ist nicht gekommen. Wir können nun leider diesem Budget nicht mehr zustimmen.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Auch wenn es einen Namensaufruf geben sollte und man will, dass man weiss, wer was sagt, (*Heiterkeit im Saal, da das Fernseheteam nun zur Stelle ist*), sage ich Ihnen jetzt schon, dass die ganze EVP-Fraktion dieses Budget ablehnen wird. Wir stehen dazu. Ich hoffe, dass damit die notwendige Klarheit geschaffen wird. Das ist nicht mehr unser Budget!

Balz Hösly (FDP, Zürich): Lieber Oskar Bachmann, es hat gar keinen Wert, dass ich mich aufrege. Ich muss Ihnen aber sagen, dass ich in den zwölf Jahren, seit ich in diesem Rat sitze, noch nie so etwas Erstunkenes und Erlogenes gehört, wie Sie jetzt gesagt haben. Ich habe in diesem Rat in meinem Schlussvotum einen Schulterschluss angeboten. Ihr Fraktionspräsident hat ihn rundweg abgelehnt. Er hat darauf verzichtet. Ich habe ihm den Schulterschluss im Foyer angeboten. Ihr Fraktionspräsident hat abgelehnt. Es kam noch besser. Er ist am Schluss noch aufgestanden und war sich nicht zu blöd zu sagen, dass Sie vielleicht sitzen bleiben würden; sitzen bleiben, Oskar Bachmann, nicht aufstehen für ein Budget, falls vielleicht 6 Prozent Steuerfussenkung und falls vielleicht der Strassenfonds um 60 Millionen Franken geäufnet werde. Ich habe klar gesagt: Wenn Sie sagen, Sie würden hinter dem Budget stehen, dann stellen wir den Rückkommensantrag für den Strassenfonds. Wir würden ihn jetzt noch stellen, aber Sie wollen kein Budget! Wenn jetzt von Ihnen ein Vorwurf kommt, dass die FDP hier gegenüber Ihnen, aber auch gegenüber der SP nicht mit offenen Karten gespielt habe, dann muss ich es noch einmal sagen: Sie lügen, Oskar Bachmann. Sie versuchen jetzt, Ihren Hintern zu decken. (*Unruhe im Saal.*)

Dorothee Jaun (SP, Fällanden): Wir haben das Kompromissangebot des verlässlichen Partners ausgeschlagen. Wir haben bis zum Schluss so gestimmt und nie taktisch, wie wir es gesagt haben. Sie haben es nicht gewollt. Wir können hinter dieser Finanzpolitik, wie sie jetzt von Ihnen betrieben wird, nicht stehen. Wir haben es immer klar gesagt. Ich bitte Sie, Hans-Peter Portmann, uns Ihre falschen, salbungsvollen Worte in dieser sehr unangenehmen Situation für den Kanton Zürich zu ersparen.

Willy Haderer (SVP, Unterengstringen): Das war nun die letzte Heuchelei, Balz Hösly. Seit den letzten Tagen haben wir versucht, mit Ihnen ins Reine zu kommen, mit Ihnen eine Basis zu erreichen, ein bürgerliches Budget zu erhalten. Man hat irgendwann einmal sogar gehört, man könnte vielleicht auf 6 Prozent kommen, aber dann würde man beim Strassenfonds nur 36 Millionen Franken einbringen. Das war gestern Abend. Heute hat man wiederum versucht, diese Positionen zu erreichen. Unser Fraktionschef ist immer mit abgesägten Hosen von solchen Gesprächen heimgekommen. *(Heiterkeit.)*

Sie können sich jetzt nicht darauf berufen, hier staatsmännisch ein Budget retten zu wollen. Hätten Sie es ernst gemeint, dann hätten Sie vor der Abstimmung über den Steuerfuss diesen Antrag auf eine Reduktion um 6 Prozent gestellt. Den können Sie jetzt, das wissen Sie ganz genau, nicht mehr stellen. Der Steuerfuss für die nächsten drei Jahre ist festgelegt. Darauf gibt es kein Rückkommen. Sie werden genauso wenig ein Rückkommen auf die 60 Millionen Franken Einlage in den Strassenfonds stellen. Das haben wir jetzt auch von Ihnen gehört. Das sind die Tatsachen.

Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass wir das Budget ablehnen werden.

Lucius Dürri (CVP, Zürich): Das Niveau ist heute auf einem unglaublich bedenklichen Punkt angelangt. Ich frage mich, ob es überhaupt noch tiefer sinken könnte. Ich schäme mich. Meine Fraktion hat grösste Mühe, diesem Budget überhaupt noch zuzustimmen. Wir halten aber durch. *(Unruhe im Saal.)* Wir wollen die Linie wahren, wie wir es gesagt haben. Der Staat braucht ein Budget, selbst bei diesen 5 Prozent Steuersenkung. Ehrlich gesagt frage ich mich, wie das in der Zukunft aussehen kann.

Die FDP – ich kann Ihnen diesen Vorwurf nicht ersparen – hätte die Weichen anders stellen können. Wir werden heute Abend ohne Budget aus diesem Saal gehen. Wir von der CVP übernehmen dafür keine Verantwortung. Wir haben die Brücke gebaut. Wir sind über unseren Schatten gesprungen. Belohnt dafür werden wir zumindest heute nicht. Ich hoffe, dass die Wähler dies anders sehen.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Hans-Peter Portmann, ich muss Ihnen sagen, dass Sie zwar ein grosser Verfassungsspezialist sind, nur haben Sie nicht gemerkt, dass Sie mit diesen 5 Prozent Steuerfussenkung den verfassungsmässigen Auftrag, die Funktionen dieses Kantons wahrzunehmen, nicht mehr gewährleisten.

Im Übrigen muss ich sagen, Balz Hösly, Oskar Bachmann, Hans Rutschmann, auch Superstar Willy Haderer: Sie haben mit Ihren kindischen, unqualifizierten Pseudoverhandlungen bewiesen, dass Ihre Fraktionen die Politikfähigkeit verloren haben. Sie können nur noch Steuerfussenkungen diktieren, stramme Mehrheitsmeinungen zum Fenster hinaus durchsetzen und meinen, damit der Wirtschaft irgendeinen Dienst getan zu haben. Was sonst passiert, da handeln Sie nach dem Motto: nach uns die Sintflut. Ich frage mich, ob Ihre Regierungsrätinnen und Regierungsräte es noch länger tolerieren können, mit solchen Fraktionen zusammen Politik zu machen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Eine Steuerfussenkung von 5 Prozent, wie sie die FDP wollte, wäre bereits eine massive Aushöhlung des Staats. Die Grünen würden sich in diesem Fall enthalten. Mit einer Steuersenkung um 6 Prozent und insgesamt 60 Millionen Franken Einlage in den Strassenfonds ist ein Grünes Nein völlig klar. Das Ganze ist für den Staat noch schärfer. Es geht dann insgesamt um rund 8 Prozent. Aber nicht einmal so findet die FDP eine Mehrheit mit der SVP. Das höchste aller Gefühle bei der SVP wäre eine allfällige Enthaltung. Liebe FDP, Ihre Liebe zur SVP wurde seit Jahren nicht erwidert. Trotzdem, wider besseres Wissen, verschmähen Sie seit Jahren andere mögliche Mehrheiten und machen sich damit verantwortlich für den Bankrott des Staates. Die Unfähigkeit von Ihnen, FDP und dem grossen Mehrheitsführer SVP, führt diesen Staat zunehmend in eine Katastrophe, aus der er fast nicht mehr herauskommen kann.

Für mich ist klar: Die heutige Kantonsratsmehrheit hat ihr Vertrauen verspielt. Sie hat heute Abend ihren Bankrott erklärt. Die Wahlen im Frühjahr müssen neue Mehrheiten bringen, Mitte-links-grün, damit überhaupt dieser Staat wieder handlungsfähig werden kann und mit einer Regierung, die dann, wie sie auch immer aussehen wird, tragfähige Lösungen erarbeiten kann. Aber so, mit diesem Bankrott, haben Sie eigentlich Ihren Kredit verspielt.

Oskar Bachmann (SVP, Stäfa): Balz Hösly hat mir angeworfen, ich lüge. Ich tue das nicht. Ich habe noch heute Abend mit Kollegen aus Ihrer Fraktion – ich nenne die Namen nicht – gesprochen, die mir das Vorgehen, das ich geschildert habe, zugesagt haben. Wenn Sie, Balz Hösly, Ihre Fraktion so wenig in den Fingern haben, dann ist das Ihr Problem und nicht meines, aber ich lüge nicht.

Markus Hess (FDP, Wädenswil): Ich bin das erste Mal in dieser Debatte. Es ist ein Trauerspiel. Die FDP hat von allem Anbeginn an klar in aller Öffentlichkeit deklariert, welches ihre Position ist. Es fanden Verhandlungen nicht nur vor diesen Debatten, sondern auch heute und hier draussen statt. Es nützt nichts, Oskar Bachmann, wenn Sie mit ein paar Kollegen der FDP sprechen. Entscheidend ist ein Angebot oder ein Abschlagen eines Angebots seitens Ihres Fraktionspräsidenten. Das ist nun heute wirklich in aller Deutlichkeit hier im Rat geschehen. Das kann man nicht streichen. Das kann man im Protokoll auch nachlesen. Es ist gut so.

Die FDP hat sich intensivst, in aller Transparenz und von allem Anfang an um ein Budget für diesen Kanton bemüht. Ich appelliere an die verantwortungsbewussten bürgerlichen Politikerinnen und Politiker, das Budget jetzt so anzunehmen.

Ratspräsident Thomas Dähler: Wir kommen zur Schlussabstimmung über den Voranschlag. Unter Berücksichtigung der vom Rat beschlossenen Änderungen ergeben sich im Voranschlag 2003 insgesamt in der Laufenden Rechnung ein Aufwandüberschuss von 544'577'456 Franken und in der Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von 770'759'000 Franken.

Abstimmung

Für den Antrag, die Schlussabstimmung über den Voranschlag 2003 unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen deutlich sichtbar mehr als 30 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht. Die Schlussabstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Schlussabstimmung unter Namensaufruf

Für den geänderten Voranschlag 2003, Vorlage 4004a, stimmen folgende 43 Ratsmitglieder:

Baumgartner Michel (FDP, Rafz); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Bertschi Jean-Jacques (FDP, Wettswil a. A.); Briner Lukas (FDP, Uster); Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Clerici Max F. (FDP, Horgen); Denzler Oskar (FDP, Winterthur); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Eugster-Wick Yvonne (CVP, Männedorf); Fischer Hans Jörg (SD, Egg); Frey-Wettstein Franziska (FDP, Zürich); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Hany Urs (CVP, Niederhasli); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Hatt Ruedi (FDP, Richterswil); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Heinimann Armin (FDP, Illnau-Effretikon); Hess Markus (FDP, Wädenswil); Honegger Andreas (FDP, Zollikon); Hösly Balz (FDP, Zürich); Huber Severin (FDP, Dielsdorf); Hutter Markus (FDP, Winterthur); Isler Thomas (FDP, Rüslikon); Isler Ulrich (FDP, Winterthur); Johner Brigitta (FDP, Urdorf); Kessler Gustav (CVP, Dürnten); Kündig Jörg (FDP, Gossau); Lauffer Urs (FDP, Zürich); Marty Robert (FDP, Affoltern a. A.); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Noser Ruedi (FDP, Hombrechtikon); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Sallenbach Hansueli (FDP, Wallisellen); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schwitter Stephan (CVP, Horgen); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Troesch-Schnyder Franziska (FDP, Zollikon); Walker Späh Carmen (FDP, Zürich); Walti Beat (FDP, Erlenbach); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt).

Gegen den geänderten Voranschlag 2003, Vorlage 4004a, stimmen folgende 100 Ratsmitglieder:

Ackeret Rudolf (SVP, Bassersdorf); Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Bachmann Oskar (SVP, Stäfa); Bachmann Rudolf (SVP,

Winterthur); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Balocco Claudia (SP, Zürich); Bär Hansruedi (SVP, Zürich); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Bergmaier Guido (SVP, Zürich); Biemann Peter F. (CVP, Zürich); Binder Fredi (SVP, Knonau); Bolleter-Malcom Nancy (EVP, Seuzach); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rüm- lang); Brandenberger Markus (SP, Uetikon a. S.); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Burlet Marcel (SP, Regensdorf); Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dobler Bruno (SVP, Lufingen); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Egg Bernhard (SP, Elgg); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Filli Peider (AL, Zürich); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Frehsner-Aebersold Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Galladé Chantal (SP, Winterthur); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Good Peter (SVP, Bauma); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Gurny Cassee Ruth (SP, Maur); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Hardegger Thomas (SP, Rüm- lang); Heer Alfred (SVP, Zürich); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Jauch Heinz (EVP, Dübendorf); Jaun Dorothee (SP, Fällanden); Jucker Johann (SVP, Neerach); Keller Ueli (SP, Zürich); Kern Othmar (SVP, Bü- lach); Knellwolf Ernst (SVP, Elgg); Krebs Kurt (SVP, Zürich); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Lalli Emy (SP, Zürich); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a. A.); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Manser Emil (SVP, Winterthur); Marty Kälin Barbara (SP, Gossau); Mächler Peter (SVP, Zürich); Meier Oliver (SVP, Zürich); Mettler Christian (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Müller Thomas (EVP, Stäfa); Munz Roland (SP, Zürich); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Ramseyer Samuel (SVP, Nieder- glatt); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Reist Walter (SP, Zürich); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Rüegg Luzius (SVP, Zürich); Ruggli Marco (SP, Zürich); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Rutschmann Hans (SVP, Rafz); Scheffeldt Kern Elisabeth (SP, Schlieren); Schmid Hansruedi (SP, Richterswil); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bä- retswil); Schreiber Kurt (EVP, Wädenswil); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Spillmann Charles (SP, Ottenbach); Stirnemann Peter (SP, Zürich); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz- Wanner Inge (SVP, Marthalen); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Sty- ger-Bosshard Maria (SaS, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil);

Volland Bettina (SP, Zürich); Vonlanthen Peter (SP, Oberengstringen); Waldner Liliane (SP, Zürich); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Wickli Hans (SVP, Dachsen); Wild Hans (SaS, Zürich); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziltener Erika (SP, Zürich); Züblin Hans-Peter (SVP, Weiningen); Züllig Hansueli (SVP, Zürich); Züst Ernst (SVP, Horgen).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 25 Ratsmitglieder:

Anderegg Peter (SP, Dübendorf); Arnet Esther (SP, Dietikon); Bapst-Herzog Regina (SP, Zürich); Bäumle Martin (Grüne, Dübendorf); Border Rolf (SD, Winterthur); Brändli Sebastian (SP, Zürich); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Hollenstein Erich (LdU, Zürich); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hunziker Wanner Barbara (Grüne, Zürich); Kamm Silvia (Grüne, Bonstetten); Mäder-Weikart Regula (CVP, Opfikon); Mendelin Markus (SP, Opfikon); Mittaz Germain (CVP, Dietikon); Müller Felix (Grüne, Winterthur); Pillard Luc (SP, Illnau-Effretikon); Prelicz-Huber Katharina (Grüne, Zürich); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Tremp Johanna (SP, Zürich); Vischer Daniel (Grüne, Zürich); Weber Peter (Grüne, Wald); Weibel Thomas (Grüne, Horgen).

Abwesend sind folgende 11 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Bachmann Ernst (SVP, Wädenswil); Furter Willy (EVP, Zürich); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Raths Hans Heinrich (SVP, Pfäffikon); Schellenberg Georg (SVP, Zell); Weber-Gachnang Theres (SVP, Uetikon a. S.); Ziegler-Leuzinger Regula (SP, Winterthur).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat usanzgemäss der Ratspräsident.

Der Kantonsrat lehnt mit 100 : 43 Stimmen, bei 25 Enthaltungen, den Voranschlag 2003 des Kantons Zürich gemäss geänderter Ziffer I des Dispositivs mit einem Aufwandüberschuss von 544'577'456 Franken in der Laufenden Rechnung und mit Nettoinvestitionen von 770'759'000 Franken in der Investitionsrechnung ab.

Ratspräsident Thomas Dähler: Mit dieser Entscheidung hat das Parlament das wichtigste seiner Steuerungsinstrumente aus der Hand gegeben. Die rechtliche Relevanz dieser Entscheidung hält sich zwar in Grenzen, weil der Regierungsrat im Gegensatz zum Parlament handlungsfähig bleibt. Das Signal, das Sie mit der Ablehnung dieses Voranschlags aber ausgesandt haben, wird den Kanton und seine politischen Instanzen noch lange beschäftigen.

Ich sage Ihnen, dass ich grosse Mühe habe, ihren Entscheidung loyal nach aussen zu vertreten. In jedem anderen Land würde das Parlament in dieser Situation aufgelöst.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Besteuerung von Liegenschaften**
Postulat *Lukas Briner (FDP, Uster)*
- **Liberalisierung im Bildungsbereich (GATS)**
Anfrage *Charles Spillmann (SP, Ottenbach)*
- **Ausgrenzungsmassnahmen gegen Asylbewerber in Meilen**
Anfrage *Ruth Gurny Cassee (SP, Maur)*

Schluss der Sitzung: 22.45 Uhr

Zürich, 17. Dezember 2002

Die Protokollführerin:
Barbara Schellenberg

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 20. Januar 2003.